



LANDTAG
Mecklenburg-Vorpommern

LANDTAGS NACHRICHTEN

13. Juni

5/2025

www.landtag-mv.de



TAG DER OFFENEN TÜR

IM LANDTAG MECKLENBURG-VORPOMMERN

IM SCHWERINER SCHLOSS, AM 15. JUNI 2025

Plasma- und Fusionsforschung stärken +++ Wechsel in der Migrationspolitik gefordert +++ Solide Finanzkraft für die Kommunen
Suchtgefahr in digitalen Spielen eindämmen +++ Radreiseregion MV soll wieder an die deutsche Spitze
Nachtragshaushalt verabschiedet +++ Landtag beschließt Lehrkräftebildungsgesetz +++ Tag der offenen Tür 2025



3	AKTUELLE STUNDE	Neue Chancen für unser Land – Mit Investitionen, Verlässlichkeit und Zusammenhalt“ (auf Antrag der Fraktion der SPD)
4 - 9	Auszüge aus der Originaldebatte	Julian Barlen (SPD), Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, Martin Schmidt (AfD), Daniel Peters (CDU), Jeannine Rösler (DIE LINKE), Constanze Oehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
10 – 19	Berichte	Plasma- und Fusionsforschung stärken Wechsel in der Migrationspolitik gefordert Solide Finanzkraft für die Kommunen Suchtgefahr in digitalen Spielen eindämmen Radreiseregion MV soll wieder an die deutsche Spitze
20- 23	Meldungen	Nachtragshaushalt verabschiedet Landtag beschließt Lehrkräftebildungsgesetz CDU fordert Änderung für Juristen-Referendariat Bundesmittel für Bahnstrecken in MV gefordert AfD will Nord Stream Pipeline reaktivieren BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern Stärkung der Bürgerenergie
24 - 28	Befragung der Landesregierung	
29	Gesetzgebung	
30 - 33	Ausschüsse	Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ab 2028 Forst- und wildpolitischer Waldspaziergang Cyber- und maritime Sicherheit: Die Abschlusssitzung der BSPC-Arbeitsgruppe in Tallinn Parlamentarische Diplomatie im Baltikum Einsetzung eines Unterausschusses
34 – 39	Panorama	Erinnern für die Zukunft: Landtag gedenkt 80 Jahre Kriegsende Chancen und Risiken von Künstlicher Intelligenz Vorbereitungstreffen für das Parlamentsforum Südliche Ostsee Tag der offenen Tür 2025
40	Wussten Sie schon?	

IMPRESSUM

Herausgeber:

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
- Öffentlichkeitsarbeit -
Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
Fon: 0385 / 525-2113
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:

Referat Öffentlichkeitsarbeit,
Referatsleiter: Julien Radloff
Autoren: Jacqueline Myrrhe,
Joachim Mangler
Layout: produktionsbüro TINUS
Druck: produktionsbüro TINUS
Gedruckt auf Recyclingpapier

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers. Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.
Redaktionsschluss 25.04.2025



Foto: Danny Gohlke

Zukunftsinvestitionen durch Sondervermögen

Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion SPD

Die Landesregierung begleitete die Berliner Koalitionsverhandlungen, um zu einer stabilen und handlungsfähigen Bundesregierung beizutragen und den Interessen von MV Nachdruck zu verleihen. Die beschlossenen Sondervermögen in einer „neuen Größenordnung“ hielt Ministerpräsidentin Manuela Schwesig für eine enorme Chance. Für deren Verwendung werde es einen MV-Plan 2035 geben.

Der Fraktionsvorsitzende **Julian Barlen** (SPD) begrüßte den Koalitionsvertrag, der „die klare Handschrift“ der Ministerpräsidentin trage. Tarifbindung, Startchancen-Programm oder Wohnungsbauoffensive seien Vorschläge aus MV, die sich nun im „MV-Style“ auf Bundesebene wiederfinden. Jetzt gehe es darum, mit „planvollen Investitionen“, „Verlässlichkeit im Handeln“ und „festem Zusammenhalt“ die Chancen der „neuen politischen Etappe“ anzupacken.

Die neue Bundesregierung als auch die Sondervermögen werden das Land voranbringen, zeigte sich Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** (SPD) überzeugt. Denn Investitionen bildeten das „Fundament“ für Vertrauen und Verlässlichkeit. Ihr sei wichtig, den Investitionsstau bei den Infrastrukturen der Wirtschaft, Energie,

Mobilität, Gesundheit und Bildung aufzulösen. In Bezug auf die Mittel für Länder und Kommunen werde gemeinsam mit diesen, der Wirtschaft und den Gewerkschaften ein MV-Plan 2035 gestaltet.

Martin Schmidt (AfD) erkannte mehr Risiken als Chancen in der „Schuldenmacherei“. Die Kassen seien leer, weil Masseneinwanderung, Energiewende und sinnlose Bürokratie zu viele Probleme verursachten. In MV fehlten allein für dieses Jahr 560 Millionen Euro. Das mache diese Aktuelle Stunde über Verlässlichkeit und Zusammenhalt „völlig grotesk“. Denn „wirklich niemals“ könnten Wirtschafts- und Finanzkraft die nötigen Zinsen erarbeiten.

Der Fraktionsvorsitzende **Daniel Peters** (CDU) begrüßte die von der Ministerpräsidentin betonten Chancen des Sondervermögens Verteidigung für die maritime Wirtschaft in MV. Er forderte, die Entscheidungen zur Verwendung der Finanzen mit dem Parlament zu treffen. Zudem fehle eine „strategische“ Komponente für den erwähnten MV-Plan 2035. Dazu könne der CDU-Masterplan mit den Schwerpunkten Bildung, Kommunen, private Investitionen und Gesundheit hilfreich sein.

Der Fraktionsvorsitzenden **Jeannine Rösler** (DIE LINKE) ging es um Vertrauen und dass sich etwas für die Menschen im Land be-

wege. Daher sei der Titel der Aktuellen Stunde „ein Versprechen“, dass hingeschaut, zugehört und gehandelt werde. Investitionen „auf hohem Niveau“ in Bildung, Infrastruktur, Wirtschaft und Klimaschutz setzten den Grundstein, auf dem „wir unsere Zukunft bauen“. Gerade jetzt bräuchten Menschen „Verlässlichkeit“ und „Zuversicht“.

Die „entscheidende Frage“ für die Fraktionsvorsitzende **Constanze Oehrich** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) war, dass die Mittel für Zukunftsinvestitionen verwendet werden, um die Versäumnisse der Vergangenheit aufzuholen. Auf keinen Fall sollte nach dem „Gießkannenprinzip“ verfahren werden. Darum müsse der MV-Plan 2035 mit einer „langfristigen Strategie“ für Investitionen in Klimaschutz, Bildung und moderne Infrastruktur unterfüttert werden.

René Domke (fraktionslos) mahnte zur Vorsicht, denn neben einem Investitionsstau gebe es auch einen „Instandhaltungstau“. Genau betrachtet seien die Mittel „ein Tropfen auf dem heißen Stein“ und die angesprochenen „Traumschlösser“ kaum finanzierbar. Nun von Zusammenhalt zu sprechen, obwohl der Generationenvertrag gebrochen wurde, sei bedenklich. Offen bleibe, ob genug für Tilgung und Zinsen erwirtschaftet werden könne.

■ Julian Barlen, SPD



Foto: Danny Gohlke

Sehr geehrte Frau Präsidentin! [...] Hinter uns liegen intensive, spannende Wochen, Monate seit der vorgezogenen Neuwahl im Bund am 23. Februar. Inzwischen ist ein neuer Koalitionsvertrag besiegelt mit viel Futter drin für Mecklenburg-Vorpommern. [...] Es gilt jetzt, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen für das ganze Land.

[...] Lassen Sie uns unser Land gemeinsam voranbringen mit starken Investitionen in die Zukunft, mit Solidarität und Verlässlichkeit in der politischen Führung, mit festem Zusammenhalt in der Gesellschaft und zwischen den Menschen hier im Land!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

[...] Deutschland hat viele Baustellen [...] aber [...] auch ideellen Reichtum [...].

Das ist ein Chancenreichtum, den wir durch gezielte, massive Investitionen nutzen können, wenn wir gemeinsam pragmatisch vorangehen.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

Und Dank des neuen Koalitionsvertrages [...] haben wir eine Grundlage geschaffen, um genau das zu tun: massive Investitionen [...] unter anderem für die Infrastruktur in Bildung, Gesundheit, Mobilität, [...] für den Klimatransformationsfond und eine moderne Energieinfrastruktur, [...] mit Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung für das Deutschlandtempo, mit Bürokratieabbau. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

Mecklenburg-Vorpommern wird von allen Säulen dieses Sondervermögens massiv profitieren, und darauf – aber vor allem auch gegen den Widerstand übrigens der CDU, der FDP und allen voran der AfD –, darauf, dass das im Bund geschieht, hat Mecklenburg-Vorpommern nicht gewartet.

Wir haben hier im Land längst die bundesweit höchste Investitionsquote mit gezielter Förderung für Digitalisierung, Mobilität, Bildung, maritime Industrie oder auch die Wasserstoffwirtschaft.

[...] Aber ganz grundlegend wichtig ist, [...] dass es verlässlich zugeht in der politischen Führung [...] Und wir haben als MV-Koalition [...] mit Manuela Schwesig und Simone Oldenburg an der Spitze der Regierung gezeigt, dass wir auch in unruhigen, in schwierigen Zeiten genau das tun.

[...] Und das führt mich [...] zur vierten Aussage unserer Aktuellen Stunde. Wenn man sich in einer Gruppe, wenn man sich in einer Gesellschaft aufeinander verlassen kann, dann stärkt das den Zusammenhalt. Und da geht es uns einerseits um Zusammenhalt im Sinne sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit, aber da geht es auch um den Zusammenhalt im Sinne [...] gemeinsamer Werte [...]. So bleibt es auch mit dem neuen Koalitionsvertrag [...] dass das Rentenniveau stabil bleibt für Menschen, die ein Leben lang hart gearbeitet haben,

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

dass man sich darauf verlassen kann, und dieser Zusammenhalt besteht.

Da geht es uns darum, dass der Mindestlohn steigt und die Tarifbindung bundesweit gestärkt wird. [...]

Die Menschen sollen sich darauf verlassen können, dass ihre Lebensleistung anerkannt wird, ihre Arbeit sich lohnt.

Und da gibt es übrigens eine weitere uns sehr wichtige Botschaft an diejenigen, die es [...] mit dem sozialen Zusammenhalt [...] in diesem Land nicht gut und nicht ehrlich meinen. Wer die Gesellschaft spalten will, wer Hass predigt zum eigenen Vorteil und das regelrechte Schüren von Konflikten als politische Zielstellung verfolgt und damit auch aufkeimende Gewalt in Kauf nimmt, solche Kräfte wie die AfD haben keinen Plan,

sondern nur Parolen, die nutzen keine Möglichkeiten für unser Land, sie sind der Chancetod unseres Landes.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Aufkeimende Gewalt? Haben Sie
schlecht geschlafen heute?)*

Auf diese Leute kann sich Deutschland nicht verlassen, sondern mit diesen Leuten ist Deutschland verlassen.

Und dazu stehen wir auch [...] wenn wir sagen, wir stehen für ein offenes, demokratisches und solidarisches Mecklenburg-Vorpommern. Und deshalb lassen Sie uns gemeinsam gestalten und nicht dieses Land spalten [...]

■ Ministerpräsidentin Manuela Schwesig

„Ich bin fest davon überzeugt, wenn die Dinge, die im Koalitionsvertrag verabredet sind, jetzt umgesetzt werden, sich viele Dinge auch in unserem Land weiter verbessern.“



Foto: Danny Gohlke

[...] Ich bin dankbar für die Aktuelle Stunde, denn neue Chancen für unser Land mit Investitionen, Verlässlichkeit und Zusammenhalt erwarten wir von der neuen Bundesregierung. [...] es ist wichtig, dass wir in diesen [...] schwierigen Zeiten [...] eine stabile und handlungsfähige Regierung haben. Und das ist auch der Grund, warum wir uns als Landesregierung in die Koalitionsverhandlungen eingebracht haben. [...] Wir [...] haben schon mehrfach dafür geworben, [...], dass es auf Bundesebene ein großes Sondervermögen gibt, das in die Infrastruktur investiert, in unsere Wirtschaft, in die Energieinfrastruktur, in preiswerte Energiepreise, [...] in die soziale Infrastruktur, in Krankenhäuser, Kitas und Schulen. [...] Für uns ist der wichtigste Punkt [...], dass in die Energieinfrastruktur investiert wird. Wir dürfen nicht länger zuschauen, wie die Kosten für eine moderne Energieinfrastruktur komplett auf Bürgerinnen und Bürger und Wirtschaft umgelegt werden,

denn dann sind erneuerbare Energien nicht wettbewerbsfähig, [...]. Wir produzieren schon doppelt so viel Strom aus erneuerbaren Energien, als wir selbst verbrauchen.

*(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD,
und Michael Meister, AfD –
Glocke der Präsidentin)*

Aber was wir brauchen, ist eine Energieinfrastruktur für grünen Strom, für Wasserstoff mit Netzen, [...]. Wir haben außerdem verhandelt, dass es 100 Milliarden Euro gibt für [...] die Infrastruktur von Ländern und Kommunen. Und wir werden hier im Land einen Mecklenburg-Vorpommern-Plan 2035 vorlegen, [...] Bundestag und Bundesrat haben hier zügig die Voraussetzungen dafür geschaffen, und das ermöglicht auch neue [...] Millioneninvestitionen [...] über einen langen Zeitraum von zwölf Jahren. [...] Wir können auch davon ausgehen, dass diese Investition vor allem die Wirtschaft ankurbeln wird, nicht nur die Bauwirtschaft, sondern auch unsere

maritime Industrie. [...] Wir hatten im letzten Jahr nach Hamburg das zweithöchste Wachstum mit 1,3 Prozent. [...] Wir wollen eine starke Industrie in ganz Deutschland, und deswegen ist es wichtig, dass der Bund jetzt die Wirtschaft unterstützt. [...]. Wir brauchen auch Entbürokratisierung. [...] Und deswegen ist es wichtig, dass dieses Entbürokratisierungsgesetz zügig kommt, damit wir hier auch im Land loslegen können.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

[...] neben dem Thema Wirtschaft geht es natürlich um den sozialen Zusammenhalt. Und deswegen ist es sehr wichtig, dass wir zukünftig stärker investieren in den Wohnungsbau. [...] ich bin sehr froh, dass wir uns darauf verständigt haben, dass es beim stabilen Rentenniveau bleibt. [...] Ein wichtiger Punkt für unser Land ist, dass wir beim Thema Löhne vorankommen. Jeder Dritte [...], der arbeitet, bekommt weniger als 15 Euro. [...]. Die Menschen, die arbeiten, müssen mehr haben, als wenn sie nicht arbeiten würden. Und deswegen ist es richtig, dass die Mindestlohnkommission sich selber vorgenommen hat, dass der Mindestlohn sich daran orientieren soll, an 60 Prozent des Durchschnitts der Löhne. [...] Viel wichtiger sind für uns dazu Tariflöhne. Deswegen haben wir als Land ein Tariftreuegesetz eingeführt. [...]. Umso mehr freue ich mich, dass sich CDU, CSU und SPD

(Julian Barlen, SPD: So ist es.)

auf Bundesebene klar zum Bundestariftreuegesetz bekannt haben. [...] Es bestätigt den Kurs der rot-roten Landesregierung,

*(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der AfD und CDU)*

mit dem Tariftreuegesetz auf dem richtigen Weg zu sein.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

[...] ich bin fest davon überzeugt, dass wenn die Dinge, die im Koalitionsvertrag verabredet sind, jetzt umgesetzt werden, dass dann sich viele Dinge auch in unserem Land weiter verbessern. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

■ Martin Schmidt, AfD



Foto: Danny Gohlke

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Bürger! 1 Billion Euro neue Staatsschulden, das sind circa 12.000 Euro neue Schulden pro Einwohner, circa 22.000 Euro pro Erwerbstätigen [...] Sie, Frau Schwesig [...] haben jedenfalls rein wertmäßig jeden ostdeutschen Haushalt mit zwei Erwerbstätigen um sein Vermögen gebracht. [...]

Die Schuldenmacherei [...] ist ein Schuldeneingeständnis [...] dass Sie keine Lösungen haben, dass Sie komplett regierungsunfähig sind. [...]

(Enrico Schult, AfD: Sehr richtig!)

SPD und Union können nicht regieren [...] ruinieren unser Land mit einer historisch einzigartigen Schuldenorgie [...] treten die Maastricht-Kriterien [...] machen unser Land in Europa lächerlich, das Jahrzehnte Austerität anderer Länder verlangte.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

[...] Aber warum tun Sie das? [...] weil Sie unser Land vor so viele Probleme gestellt haben

(Enrico Schult, AfD: Sehr richtig!)

durch Masseneinwanderungen, durch die Energiewende, durch sinnlose Bürokratie, [...] nun sind die Kassen leer. Nicht Putin oder Trump, Sie waren das!

(Beifall und Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: Jawoll!)

Und es reicht immer noch nicht. Im Anschluss an diesen TOP diskutieren wir einen Nachtragshaushalt [...] Sie könnten sagen, ja, wir haben da Fehler gemacht,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

ja, das mit den Windrädern und PV-Anlagen macht den Strom nachweislich [...] nicht günstiger [...]

ja, viele Willkommengeheißene verstehen wirklich keine Lateinbuchstaben, und die Eventmanager am Marienplatz sind nicht unbedingt förderlich für das BIP.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

Aber das werden Sie nicht tun. Sie wollen lieber 1 Billion Schulden aufnehmen [...] um die Konjunktur der letzten drei Jahre Rezessionen auszugleichen, und erfinden angebliche Einmärsche morgen in Berlin. [...] all diese House-of-Cards-Spielchen und Märchen, alles nur, weil Sie nicht zugeben können, dass Sie Fehler gemacht haben, die wir ansprechen!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und dann halten Sie hier eine Aktuelle Stunde ab über Verlässlichkeit und Zusammenhalt – völlig grotesk!

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Ja.)

Aber kann man sich denn auf Frau Schwesig verlassen? Denn Frau Schwesig ist es doch – das haben Sie ja gesagt –, ihre Handschrift ist es doch, die hinter der Massenverschuldung steckt

[...] Frau Schwesig ist dafür verantwortlich, dass wir über 1 Billion Euro Schulden aufnehmen. Sie persönlich sind mitverantwortlich, dass unsere Kinder und Enkel

(Julian Barlen, SPD: Eine gute Zukunft haben!)

ein Schuldenkorsett tragen werden

[...] in einem Jahrzehnt, da werden Sie lernen, dass U-Boote keine Wertschöpfung bringen [...] Sie werden lernen, dass Wasserstoff kein guter Energieträger ist

und ein Land, welches komplett aus Windrädern und PV-Anlagen besteht, nicht mehr attraktiv ist.

[...] Hören Sie auf, sich selbst und den Bürgern einzureden, dass diese Schulden nur positive Effekte hätten!

[...] wenn Sie investieren, weil es die Zwänge Ihrer eigenen Ideologien und Machtspielchen so hergeben,

(Thomas Krüger, SPD: Falsch! Einfach falsch!)

dann setzen Sie das Geld wenigstens sinnvoll ein [...] Sorgen Sie dafür,

dass wir beispielsweise [...] ein grundlastfähiges Kernkraftwerk [...] bekommen [...] Investieren Sie das Geld in unsere B 96 und weitere Schienen,

beispielsweise zwischen Rostock und Stralsund [...] Bringen Sie die Uniklinika und Kreiskrankenhäuser auf Vordermann! [...]

Stellen Sie Geld bereit für eine neue Lehrerfachhochschule, wie wir von der AfD das fordern,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

[...] Und, Herr Barlen, wenn Sie schon den Duden fleißig bemühen, dann kann ich Ihnen auch nur empfehlen, mal im „Gabler Wirtschaftslexikon“ ein wenig zu stöbern, denn wenn man dort „Chancen“ nachliest, dann wird man auch sehen, dass zumindest in der Wirtschaftswissenschaft alle Chancen auch Risiken in sich tragen. Und für diese Risiken, da ist nach Ihrer eigenen Aussage die Handschrift von Frau Manuela Schwesig hinterlegt [...] – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

■ Daniel Peters, CDU



Foto: Danny Gohlke

[...] Aber ich will auch zum Mindestlohn einiges sagen. Der Mindestlohn ist ja auch hier sozusagen aus der, angeblich stammt es aus der Feder von Mecklenburg-Vorpommern. Dann frage ich aber auch, warum man das nicht rückgekoppelt hat mit der Wirtschaft in diesem Land, denn auch die sagt hier an der Stelle: Bitte Obacht! Man kann gern ein Ziel haben, 15 Euro Mindestlohn zu erreichen,

*(René Domke, fraktionslos:
Aber warum macht ihr das dann mit?)*

und dieses Ziel ist sicherlich auch völlig in Ordnung, aber wir haben uns hier schon vor längerer Zeit auf der Bundesebene, aber auch hier darauf verständigt, dass die Mindestlohnkommission darüber entscheidet.

(Zuruf von René Domke, fraktionslos)

Und deswegen stelle ich noch einmal fest, es gab ja am Anfang auch Interpretationsschwierigkeiten, insbesondere bei den Sozialdemokraten, die gesagt haben, nein, der Mindestlohn von 15 Euro kommt, so oder so – nein, die Mindestlohnkommission, die Tarifpartner haben darüber zu entscheiden, und das ist auch gut so!

[...] ich will einen Umstand noch mal ganz klar hier ansprechen, dass wir natürlich hören, dieser MV-Plan 2035 ist angekündigt, es werden auch Schlagworte genannt, die wir auch unterstützen, insbesondere im Bildungsbereich. Beim Thema Schulbau braucht es einiges mehr als nur 25 Millionen Euro Landesmittel im Jahr. Und deswegen ist es richtig, diese Mittel dafür auch zu verwenden.

Leider fehlt aber die Strategie. Diese Strategie haben wir Ihnen schon in der letzten Sitzungswoche hier im Landtag vorgeschlagen. Wir haben es Masterplan genannt. Wie es heißt, ist letztlich egal. Es ist wichtig, dass es eine Strategie gibt, und die gibt es leider noch nicht. Ich weiß, es braucht noch Bundesländer-Vereinbarungen, völlig klar, aber trotzdem kann man sich und sollte man sich als Land Mecklenburg-Vorpommern schon jetzt darauf vorbereiten und jetzt auch sagen, was man will, natürlich in Absprache mit der Wirtschaft, mit den Sozialpartnern, vor allem aber auch mit dem Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Und wir haben in diesem Masterplan auch klare Schwerpunkte benannt. Das sind die Bildung, Kommunen, private Investitionen und auch die Gesundheitsversorgung. Wir haben das ganz klar untersetzt mit Vorschlägen und auch, wie wir schnell dazu kommen. Und deswegen sollte es beispielsweise im Bildungsbereich eine verstärkte Digitalisierung geben. Das Thema Schulbau habe ich schon genannt. Wir müssen in dem Bereich den Investitionsstau ganz dringend lösen.

Und dann noch mal der Hinweis zu den Kommunen, wir kommen ja nachher noch zum Nachtragshaushalt, Schwerpunkt unseres Masterplans sind die Kommunen. Wir wissen, dass dort projektreife Vorhaben in den, ja, in den Zimmern liegen beziehungsweise parat stehen. Und deswegen, wenn wir Politikwechsel sichtbar machen wollen, dann sollten wir diese Mittel auch schnellstmöglich einbringen, investieren, und die Kommunen sind dazu am ehesten in der Lage. Unterstützen wir bitte die Kommunen bei ihren Investitionsvorhaben!

[...] Einen letzten Punkt möchte ich auch ordnungspolitisch noch mal deutlich herausstellen. Diese Bundesmittel, die jetzt durch das Agieren von CDU/CSU und SPD bereitgestellt werden, haben und tragen eine klare Überschrift, „Investitionen“, und keine parteipolitischen Spielwiesen. Das ist eine klare Botschaft und deswegen sind wir auch als Landtag von Mecklenburg-Vorpommern aufgerufen, genau darauf zu achten, dass die Mittel investiv verwendet werden und nicht für Vorhaben, die nur konsumtiv sind [...].

■ **Constanze Oehrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNE**

„Nur langfristige Investitionen in Klimaschutz, Bildung und Infrastruktur machen unser Land widerstandsfähig gegen künftige Krisen.“



Foto: Danny Gohlke

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleg/-innen! Mit dem beschlossenen 500-Milliarden-Investitionspaket der Bundesregierung eröffnen sich für Mecklenburg-Vorpommern völlig neue Perspektiven. Knapp 2 Milliarden Euro, verteilt über die nächsten zwölf Jahre, das ist nicht weniger als eine historische Chance für unser Bundesland. [...]

(Beifall Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die entscheidende Frage lautet: Wofür sollen wir diese Mittel verwenden? Die Antwort kann nur sein: für Zukunftsinvestitionen [...]

[...] Kurzfristige Ausgaben mögen politisch verlockend sein, aber nur langfristige Investitionen in Klimaschutz, Bildung und Infrastruktur machen unser Land widerstandsfähig gegen künftige Krisen.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

[...] Es gibt viel zu tun bei uns im Land. Darum dürfen wir diese Mittel auf keinen Fall nach dem Gießkannenprinzip verteilen. Stattdessen müssen wir sie gezielt dort einsetzen, wo sie die gleiche, die größte Wirkung entfalten und unser Land langfristig nach vorne bringen. Aus Sicht meiner Fraktion ist sonnenklar, höchste Priorität haben Klimaschutz und Dekarbonisierung der Wirtschaft, modernste Bildungseinrichtungen, soziale Sicherheit und eine leistungsfähige und nachhaltige Infrastruktur.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Klimaschutz, [...] weil wir damit unsere Lebensgrundlagen und die Gesundheit aller Menschen schützen. [...] Jede Investition in Klimaschutz ist eine Investition in unsere Zukunft und die künftigen Generationen.

*(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

[...] Aber Klimaschutz ist nicht nur eine sachliche Notwendigkeit, sondern auch eine riesige wirtschaftliche Chance. Erneuerbare Energien, emissionsarme Produktionsweisen und klimafreundliche Mobilität schaffen zukunftssichere, gut bezahlte Arbeitsplätze. [...] Die Länder und Unternehmen, die heute in diese Zukunftstechnologien investieren, werden morgen die Gewinner sein.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: Spekulationen!)

Ein zweiter Schwerpunkt muss die Bildung sein. Die Qualität von Kitas, allgemeinbildenden Schulen, Berufsschulen, Hochschulen und Universitäten wird maßgeblich über den zukünftigen Wohlstand unseres Landes entscheiden.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

[...] Wir müssen in moderne Kitas und Schulen investieren, in digitale Infrastruktur, in gut ausgebildete Erzieher/-innen und Lehrkräfte. [...]

(Beifall Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drittens brauchen wir eine moderne, klimafreundliche Infrastruktur, die unser Land zusammenhält. [...] Eine gute Infrastruktur verbindet nicht nur Orte, sondern auch Menschen. Sie bringt Stadt und Land zusammen, überwindet soziale Gräben und schafft Teilhabe und Begegnungsräume für alle Generationen und Bevölkerungsgruppen, unabhängig von Wohnort oder persönlichen Möglichkeiten. Eine gute Infrastruktur sorgt dafür, dass das Vertrauen in die demokratischen Institutionen steigt.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, diese langfristigen Investitionen sind die Grundlage für unseren zukünftigen Wohlstand. [...]

[...] Wer dagegen heute an der falschen Stelle spart oder die falschen Prioritäten setzt, zahlt morgen drauf, und zwar mit Zinsen.

[...] Die Landesregierung braucht dringend eine konsistente Strategie dafür, wie sie die zusätzlichen Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes nutzen will. Dabei muss klar sein, es geht nicht darum, vorhandene Haushaltslöcher zu stopfen, sondern in die Zukunft dieses Landes zu investieren. [...]

*(Julian Barlen, SPD: Ja, guten Morgen!
Was glauben Sie denn, wie das läuft?!)*

[...]

*(Julian Barlen, SPD: Genau so läuft das doch! –
Heiterkeit bei Marcel Falk, SPD)*

[...] Gestatten Sie mir als Innenpolitikerin noch einen weiteren Hinweis. Wir müssen auch dringend umfassender in den Schutz unserer Demokratie investieren. Sicherheitsbehörden, Präventionsarbeit, Opferberatung, politische Bildung, Medienkompetenz, all das kostet Geld, und all das ist ebenso wichtig wie die vorgenannten Punkte. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

■ Jeannine Rösler, DIE LINKE

„Für ein gerechtes und zukunfts-
festes Mecklenburg-Vorpommern“

Foto: Danny Gohlke

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Es lohnt sich, einen Moment innezuhalten, bevor wir auf Zahlen, auf Trends und auf Programme schauen. Es lohnt sich zu fragen: Worum geht es eigentlich im Kern?

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Na, wenn Sie das immer noch nicht wissen!)*

Es geht um Vertrauen und darum, ob sich für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern etwas bewegt. Es geht um ihren Alltag, um die Schule, in der das eigene Kind lernt, um den Bus, der wirklich fährt, um den Arbeitsplatz, der Sicherheit gibt, insbesondere für ein gutes Einkommen [...]

Und dafür sind Investitionen das Fundament, das Fundament, auf dem wir unsere Zukunft bauen, in der Bildung, in der Infrastruktur, in der Wirtschaft, im Klimaschutz. Gerade in einer Zeit, in der sich vieles unheimlich schnell wandelt, brauchen Menschen vor allem Verlässlichkeit und die Zuversicht, dass Chancen genutzt werden. Dafür stellen wir die Weichen, für ein solidarisches, gerechtes und zukunftsfestes Mecklenburg-Vorpommern, ganz konkret und mit Blick auf das, was den Alltag für alle besser macht.

[...] Und ja, die Mittel des Bundes wie nunmehr auch das Sondervermögen Infrastruktur helfen ganz maßgeblich. Wir erwarten, dass die geplanten Gelder schnellstmöglich und unbürokratisch wirken können.

Meine Damen und Herren, klug investieren heißt nicht allein, Geld für die Hardware auszugeben, Investitionen in die Köpfe sind mindestens genauso wichtig. Und deshalb stärken wir die frühkindliche Bildung und die Kernkompetenzen der Schülerinnen und Schüler. Wir stellen gezielt zusätzliches Personal ein

[...] Meine Damen und Herren, ohne Mobilität läuft in einem Flächenland gar nichts. Und deshalb investieren wir in mehr Busse und Bahnen, in ein landesweites Rufbusnetz, in zusätzliche Regiobusverkehre, in Radwege, in die Sanierung von Straßen und Brücken. Und nicht zuletzt haben wir das Senioren- und Azubi-Ticket für 38 Euro.

Mecklenburg-Vorpommern muss sich auch nicht verstecken, wenn es um das Wirtschaftswachstum geht. Da liegen wir erneut in Spitzenposition im Bundesvergleich, weil wir den Fachkräftebedarf angehen, weil wir in Ausbildung und attraktive Arbeitsplätze investieren, weil wir die berufliche Bildung und berufliche Orientierung starkmachen. Und auch die Unternehmen selbst können sich auf eine stabile Förderung verlassen.

Meine Damen und Herren, wir investieren in erneuerbare Energien, haben den Ausbau beschleunigt und Verfahren gebündelt. Gleichzeitig ist es nur gerecht, dass die Menschen, die die Anlagen vor der Haustür haben, davon ganz besonders profitieren können. Deshalb ändern wir das Bürger- und Gemeindenbeteiligungsgesetz [...]

Meine Damen und Herren, Verlässlichkeit heißt, auch Sicherheit zu geben, dass unsere Demokratie standfest ist. Verlässlichkeit heißt, Haltung zu zeigen und keinen Millimeter zu weichen, wenn es darum geht, die Unantastbarkeit der Menschenwürde,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

den Rechtsstaat und die Demokratie zu verteidigen.

*(Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD,
und Torsten Renz, CDU)*

Wir werden keinen einzigen Millimeter weichen.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

[...] Meine Damen und Herren, jede Investition, jeder Euro aus öffentlichen Töpfen muss so eingesetzt werden, dass er auch dort ankommt, wo er dringend gebraucht wird, im Alltag der Pflegekraft in Rostock, der Alleinerziehenden in Schwerin, beim Azubi in Anklam, bei der Rentnerin in Ludwigslust, bei unseren Kleinen in der Kita „Gänseblümchen“. „Neue Chancen für unser Land“, das ist kein Werbeslogan, das ist unser Auftrag für ein lebenswertes Mecklenburg-Vorpommern, das nicht den Rassisten und nicht den Hetzern gehört, sondern allen, die einfach Mensch sein wollen. – Danke schön!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

Plasma- und Fusionsforschung stärken

Neues Institut soll in Rostock gegründet werden

Die Verschärfung des Klimawandels in den vergangenen Jahren hat nach Ansicht von Expertinnen und Experten deutlich gemacht, dass die Zukunft den Energieformen gehört, die ohne CO₂-Emissionen erzeugt werden können. Dazu gehört die Kernfusion. MV hat auf diesem Gebiet schon Spitzenforschung zu bieten.

Die Regierungsfractionen von SPD und DIE LINKE wollen die Spitzenforschung in MV in den Bereichen Plasma- und Fusionsforschung stärker vorantreiben. „MV will und kann die Zukunft der Plasma- und Fusionsforschung auf nationalem und internationalem Niveau mitgestalten“, betonte **Dirk Stamer** (SPD). Diese Zukunftstechnologien sollen am Forschungsstandort MV besser gefördert werden. Dabei sei die Kernfusion längst keine Zukunftsmusik mehr, sondern ein globaler Forschungsschwerpunkt mit stark wachsender Bedeutung. Das Max-Planck-Institut für Plasmaforschung in Greifswald sei mit dem Projekt Wendelstein 7-X seit Mitte der 1990er Jahre ein Pionier in der Kernfusionsforschung und einer der wichtigsten Standorte der Kernfusionsforschung weltweit. Derzeit gewinne die Laserfusionsforschung rasant an Bedeutung, sagte Stamer. Deshalb wollten die Länder Sachsen und MV in Rostock ein neues Forschungsinstitut aufbauen. Stamer forderte die Landesregierung auf, sich bei der neuen Bundesregierung für ein Programm zur Forcierung der Kernfusionsforschung einzusetzen. Ziel sei, in Deutschland die Technologieführerschaft im Bereich der Laserhochenergiedichtephysik zu erlangen. In Rostock soll ein weltweit sichtbares Kompetenzzentrum im Bereich der Laserfusion entstehen.

MV setze seit vielen Jahren auf diese Zukunftstechnologie und die daraus langfristig ableitbaren Technologiepotentiale für energetische Anwendung, bekräftigte Wissenschaftsministerin **Bettina Martin** (SPD). „Dieses Engagement, das MV und die Landesregierung über viele Jahre eingebracht haben, zeigt heute Früchte.“ Diese Technologie sei lange Zeit als reine Zukunftsmusik ohne konkrete oder zumindest kurzfristige Umsetzungsperspektiven be-

trachtet worden. Dies habe sich durch die Energiekrise, den Energiekrieg oder den Klimawandel grundlegend verändert. „Jetzt gilt die Kernfusion in Ergänzung zu den erneuerbaren Energien als potenziell einzig realistische und langfristige Alternative für eine sichere, günstige und vom Import unabhängige Energiequelle.“ MV stehe in diesem Bereich durch seine Investitionen im weltweiten Vergleich mit an der Spitze, betonte Martin. Mit Wendelstein 7-X verfüge MV über den weltweit erfolgreichsten Fusionsreaktor. Eine Allianz von der Max-Planck-Gesellschaft und der Helmholtz-Gemeinschaft sowie von Bayern und MV gemeinsam mit dem Bund habe das Projekt zu einem weltweiten Erfolg werden lassen. MV wolle mit der Laserfusion auch das zweite Standbein ausbauen. Dabei werde das Fusionsplasma allein durch Laserenergie entzündet. „Auch in diesem Bereich ist die Forschung in MV bereits vorne mit dran.“

Paul-Joachim Timm (AfD) stellte zunächst klar, dass seine Partei entgegen anderen Behauptungen den Klimawandel nicht leugne. „Wir gehen einfach nur unaufgeregt mit diesem Phänomen um.“ Die AfD bezweifle lediglich den menschlichen Einfluss auf den Klimawandel. Timm verwies auf den Koalitionsvertrag der neuen CDU-SPD-Bundesregierung, die die Fusionsforschung stärker fördern wolle, mit dem Ziel, dass der erste Fusionsreaktor der Welt in Deutschland stehen soll. „Damit ist die Absicht dieses Antrags, die Landesregierung aufzufordern, sich bei der Bundesregierung um mehr Unterstützung zur Stärkung der Fusionsforschung einzusetzen, eigentlich erledigt.“ Alle Voraussetzungen für die Fusionsforschung seien bereits erfolgsversprechend in MV vorhanden. Timm kritisierte gleichzeitig, dass die Landes-

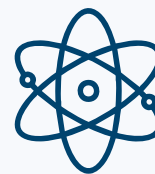
regierung jüngst keine Anschubfinanzierung für ein Exzellenzcluster an der Universität Rostock bereitstellen wollte.

Katy Hoffmeister (CDU) sagte, dass die Perspektiven in Rostock, einen weiteren Schwerpunkt mit Blick auf die Laserfusion und die Hochenergiedichtephysik zu schaffen, ambitioniert und natürlich zu befürworten seien. Allerdings habe im Wissenschaftsausschuss bislang keine strukturierte Befassung dazu stattgefunden. Sie schlug vor, den Antrag in die Ausschüsse zu überweisen, um dort die Fusionsforschung in aller Breite zu beraten. „Ein Thema dieser Größe verdient nicht nur einen Antrag im Plenum, sondern eine inhaltlich fundierte Diskussion in einem Fachgremium.“ Wer Spitzenforschung fördern will, der müsse zuerst wissen, was realistisch ist und brauche eine sehr breite politische und wissenschaftliche Unterstützung. So ambitioniert der Antrag formuliert sei, so offen bliebe die entscheidende Frage: „Wer zahlt das eigentlich“, sagte Hoffmeister. Wissenschaftliche Exzellenz brauche mehr als politische Willensbekennung durch die rot-rote Koalition. Der Aufbau eines Helmholtz-Forschungsinstituts sei kein Schnellschuss und keine kleine regionale Strukturhilfe. „Er ist eine nationale Entscheidung mit massiven Folgekosten.“ In Zeiten knapper Haushalte könnten solche Entscheidungen nicht einfach durch den Landtag angesprochen werden.

„Wir als Linksfraktion wollen die Förderung von Fusionsforschung in MV“, erklärte **Christian Albrecht** (DIE LINKE). Sie sei nicht nur ein Beitrag zur Energiewende oder ein Signal für den Klimaschutz, sondern eine echte Chance für regionale Entwicklung, gute Arbeit und wissenschaftliche Exzellenz in MV. Das Ziel des Experiments Wendelstein 7-X in Greifswald sei, ein dauerhaft stabiles Fusionsplasma zu erzeugen. Dort werde erprobt, dass künftig ein Liter Wasser genug Brennstoff liefert, um den Strombedarf eines Haushalts für Monate zu decken. „Und zwar ohne

Hintergrund Fusionsforschung

Seit fast 30 Jahren wird in Greifswald an einem der wichtigsten Standorte der Kernfusionsforschung weltweit gearbeitet. Mitte der 90er Jahre fiel die Entscheidung am Max-Planck-Institut für Plasmaphysik das mittlerweile sehr erfolgreiche Kernfusionsexperiment Wendelstein 7-X anzusiedeln. Ähnlich wie auf der Sonne soll damit Energie erzeugt werden, indem in der Bauform Stellarator Wasserstoffatome unter hohen Temperaturen und extremem Druck zu Heliumatomen verschmelzen und bei diesem Vorgang Energie abgeben. Durch diese kontrollierte Kernfusion sollen eines Tages unerschöpfliche und klimaneutrale Mengen an Energie gewonnen werden.



Mit dem vorliegenden Antrag wollen die Regierungsfractionen von SPD und DIE LINKE neben Greifswald nun Rostock als Standort für die Erforschung und Entwicklung der Technologie der Laserfusion etablieren. Zusammen mit dem Helmholtz-Zentrum Dresden-Rossendorf will die Universität Rostock ein Institut für Hochenergiedichtephysik gründen. An beiden Standorten soll die Spitzenforschung zur Entwicklung nachhaltiger Energiegewinnung beitragen. Mit dem Antrag wird der zügige Aufbau des neuen Instituts in Rostock zur weiteren Stärkung des Wissenschaftsstandortes Mecklenburg-Vorpommern sowie die finanzielle Sicherstellung beider Zukunftstechnologien gefordert.



Monteure arbeiten im Max-Planck-Institut für Plasmaphysik in Greifswald am Forschungsreaktor Wendelstein 7X. In dem Institut wird das Kernfusionsexperiment «Wendelstein 7-X» aufgebaut. Foto: nordreport

schädliche CO₂-Emission, ohne das Risiko eines GAUs und ohne langlebigen radioaktiven Abfall.“ Fusion sei damit nicht nur ein Beitrag zum Klimaschutz, sondern auch ein Instrument hin zur Rohstoffsoveränität. Nun eröffne sich mit einem neuen Helmholtz-Institut für Hochenergiedichtephysik (Hedi) eine neue Chance. „Ein Institut, das herausragende Pionierarbeit in der Forschung leistet, mitten in MV: Das wäre doch was“, sagte Albrecht. Wenn Hedi nach Rostock kommen sollte, entstünden dort innerhalb weniger Jahre 150 bis 200 qualifizierte Arbeitsplätze. Das sei aber ohne Bundesmittel nicht realisierbar.

Die Kernfusion sei nicht geeignet, um die Verfehlung der Klimaziele der Vereinten Nationen in den nächsten Dekaden zu verhindern, sagte **Hannes Damm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). „Dafür kommt sie nämlich leider zu

spät.“ Das heiße jedoch nicht, dass die Menschheit die Fusion nicht erforschen und einsetzen sollte, denn sie könne in Zukunft ein wichtiger Teil eines fossilfreien Energiesystems sein. Zuvor müsse die vollständige Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien gelungen sein. Damm, der selbst in der Fusionsforschung arbeitet, gestand ein: „Wir haben da zu früh viel zu viel versprochen und das ist total gefährlich.“ „Wir sollten die Fusion, wenn sie da ist, einsetzen, wenn es wirtschaftlich sinnvoll ist, weil es keine Jahrtausende strahlende radioaktive Abfälle gibt“, erklärte Damm. Er wies auf den geopolitischen Aspekt der Forschung hin: Wenn die Fusionsforschung in Europa nicht staatlich organisiert werde, würden Staaten wie China vorangehen. China drohe bereits, Europa technologisch abzuhängen. Europa wäre dann von China abhängig. „Das wollen wir auch nicht.“

„Plasma- und Fusionsforschung sind keine Visionen ferner Zukunft. Sie sind aktuelle Antworten auf die globale Herausforderung von Energiesicherheit über Klimaschutz bis hin zu technologischer Souveränität“, sagte **Barbara Becker-Hornickel** (fraktionslos). Die Frage sei doch nicht, ob daran teilgenommen werden muss, sondern wie entschlossen das getan wird. MV habe im Bereich dieser Forschung bereits viel zu bieten. Dazu gehörten international anerkannte Einrichtungen in Greifswald und Rostock, motivierte und hochqualifizierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. In einer breiten Forschungslandschaft würden die Themen von der Energieforschung bis zur Medizintechnik abgedeckt. „Doch Potentiale entfalten sich nicht von selbst“, betonte Becker-Hornickel. Sie bräuchten strategische Förderung, Freiheit, politische Rückenbedeckung und einen klaren Gestaltungsanspruch. Sie forderte eine ressourcenübergreifende Koordinierungsstelle, die gezielt Spitzenforschung unterstützt, Hindernisse identifiziert und regionale Innovationsstrategien weiterentwickelt.

Der Antrag von SPD und DIE LINKE wurde bei Enthaltung durch die Fraktionen der CDU, AfD sowie einer fraktionslosen Abgeordneten und im Übrigen Zustimmung angenommen.

mgl
Antrag der Fraktionen von SPD und DIE LINKE
Drucksache 8/4885



Wechsel in der Migrationspolitik gefordert

Umsetzung des Bundesplans zur Begrenzung illegaler Einwanderung

In ihrem Antrag kritisierte die AfD-Fraktion die steigende Zahl von Straftaten durch Zuwanderer. Dadurch verringere sich bei vielen Menschen das Sicherheitsgefühl und sie änderten aus Furcht vor jungen, männlichen Migranten ihre Alltagsgewohnheiten. Dem müsse mit der verstärkten Abschiebung straffällig gewordener Asylsuchender begegnet werden, forderte die AfD. Wo rechtlich möglich solle sich die Landesregierung für Abschiebehaft und Ausreisegewahrsam einsetzen. Zusätzlich brauche es das Engagement des Landes für die Umsetzung des vom neuen Bundestag beschlossenen Fünf-Punkte-Plans zur Eindämmung der Migration.

Jan-Phillip Tadsen (AfD) beschäftigte die Frage, für wen das Parlament eigentlich Politik mache und welche „migrationspolitischen Überlegungen“ es vertrete. Er schilderte Fälle, in denen Mädchen und Frauen von Migranten belästigt, vergewaltigt oder getötet wurden. Mit dem Antrag wolle seine Fraktion „den Aufenthalt solcher Gewalttäter beenden“, die Einreise „eines solchen Personenkreises“ verhindern und die Remigration von Personen ohne Aufenthaltsberechtigung beginnen. Trotz „großspuriger“ Wahlversprechen von Friedrich Merz oder Aussagen der CDU-Landtagsfraktion, „illegale Migration konsequent“ abstellen zu wollen, bleibe die Grenze nach Polen „weitge-

hend unkontrolliert“. Es könne weder vom angekündigten „faktischen Einreiseverbot“ noch von einer „umfassenden Migrationswende“ die Rede sein. Diese bliebe aber „überfälliger denn je“, mahnte Jan-Phillip Tadsen.

Die neue Bundesregierung amtierte erst wenige Tage, hielt Innenminister **Christian Pegel** (SPD) dem Antragsteller entgegen. Es sei zu früh, Effekte zu erwarten. Daher wolle er die Festlegungen des Koalitionsvertrags reflektieren. Zu ihnen gehörten die Beendigung freiwilliger Aufnahmeprogramme und die zeitliche Aussetzung des Familiennachzugs. Das seien aber „relativ kleine Zahlen“, warnte der Minister vor zu hohen Erwartungen. Hinzu komme „in Abstimmung mit unseren europäischen Nachbarn“ die Rückweisung von Asylsuchenden an den deutschen Grenzen. Im Laufe des Jahres trete dann die nationale Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems in Kraft und erlaube bestimmte Asylverfahren bereits an der Grenze. Die Ausweisung straffälliger Migranten sei geplant, allerdings handle es sich um Einzelfälle. Weiterhin werde es zu einer Rückführungsoffensive und die Durchführung der Abschiebehaft durch die Bundespolizei kommen. Christian Pegel warb dafür, der neuen Bundesregierung „wenigsten zwölf Monate“ für die Umsetzung der neuen Regelungen zu geben.

„Nach Jahren der Untätigkeit und Fehlentwicklung in der Migrationspolitik“, führte **Ann Christin von Allwörden** (CDU) aus, habe Friedrich Merz bereits vor seiner Wahl „einen klaren Plan“ für sichere Grenzen und konsequente Abschiebung vorgelegt. Da die illegale Migration „nach wie vor zu hoch“ sei, werde die Präsenz der Bundespolizei an den deutschen Grenzen verstärkt. Das erlaube Zurückweisungen derjenigen Asylsuchenden, die bereits in einem anderen EU-Staat Schutz erhielten. „Das ist geltendes EU-Recht“, bekräftigte die Abgeordnete und sei „unverzichtbar“, solange die EU-Außengrenzen nicht „nachhaltig geschützt“ seien. Die enge Abstimmung mit den Nachbarn hierzu sei auch der CDU wichtig. Sie stand und stehe zu einem Politikwechsel in der Migrationsfrage und genau dieser wurde „mit Sinn und Verstand, mit Augenmaß und Weitsicht“ begonnen. Den AfD-Antrag brauche es darum nicht.

„Alle 13 Minuten erfasst die Polizei in Deutschland eine rechtsextreme Straftat“, trug **Steffi Pulz-Debler** (DIE LINKE) vor. Mit 150 rechtsmotivierten Angriffen im Jahr 2024 weise der Jahresbericht zur rechten Gewalt in MV ein „Rekordhoch“ auf. Die Abgeordnete hielt die „Antimigrationsdiskurse und das Erstarken der AfD“ dafür mitverantwortlich, weil sich die Täter dadurch „legitimiert“ fühlten. Steffi Pulz-Debler entgegnete dem Antragsteller, dass sie nicht bereit sei, dessen „menschenverachtenden und teils auch recht-

brechenden Forderungen“ Raum zu geben. Als Frau möchte sie sich nicht von der AfD vertreten wissen. Zudem sei Gewalt gegen Frauen „kein Problem der Herkunft, sondern ein Problem von Macht, von patriarchalischen Strukturen und toxischer Männlichkeit“. Dazu führe die AfD keine Debatte. DIE LINKE werde dies „laut, solidarisch und entschlossen“ tun. Den Antrag lehne ihre Fraktion ab.

Abermals lege die AfD einen Antrag vor, „der sich gegen grundlegende Werte unseres demokratischen Gemeinwesens richtet“, ordnete die Fraktionsvorsitzende **Constanze Oehrich** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ein. Dem stelle sich ihre Fraktion „entschieden entgegen“, denn die AfD setze Migration mit Kriminalität gleich. Dass die AfD nun den Fünf-Punkte-Plan der CDU als Lösung präsentiere, illustriere wie strategisch falsch die Profilierung der CDU im Bundeswahlkampf mit AfD-Methoden war. Zudem bewege sich dieser Plan „in vielerlei Hinsicht außerhalb unserer Rechtsordnung“. So verstoße die Forderung nach einer allgemeinen Haft für ausreisepflichtige Personen „eindeutig gegen Europa- und Verfassungsrecht“. Den Haftvollzug der Bundespolizei zu übertragen, verletze den Grundsatz der Gewaltenteilung, unterstrich Constanze Oehrich. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde nicht zulassen, dass sich in MV die Geschichte von Ausgrenzung und Entrechtung wiederhole.

Der Antrag der AfD komme mit „markigen Worten“ wie „Migrationskrise, Gewaltimport, Remigration“ daher, kritisierte **Dagmar Kaselitz** (SPD). Das

diene lediglich der Verstärkung von Vorurteilen gegenüber zugewanderten Menschen und schüre Ängste. Mit diesen Zuspitzungen werde aus dem Thema „politisches Kapital“ geschlagen. Menschen „pauschal“ wegen ihrer Herkunft kriminelles Handeln und Gewaltbereitschaft zu unterstellen, sei Rassismus. Wenn sich der Umgang miteinander verbessern soll, „müssen wir miteinander ins Gespräch kommen, miteinander und voneinander lernen und eine gute Integration möglich machen“. Dagmar Kaselitz hielt es für „unerträglich“, jede Tragödie „schamlos“ für eine „aufgeregte Migrationsdebatte“ zu missbrauchen. Sie erachtete es für „selbstverständlich“, dass im Bundestag gefasste Beschlüsse für ein weltoffenes Deutschland in MV umgesetzt werden. „Dafür brauchen wir keinen Antrag der AfD.“

Jahrzehntelang wurde in Deutschland die Frage einer geordneten und geregelten Migrationspolitik vermieden, missbilligte **René Domke** (fraktionslos). Die Versäumnisse spitzten sich 2015 und 2016 zu, als mit der Migrationspolitik sogar die Rechtsstaatlichkeit angezweifelt wurde, richtete der Abgeordnete an die CDU. Jedem sei bekannt, dass die FDP „sehr, sehr viele Vorschläge“ unterbreitet habe, wovon sich jetzt einiges im Koalitionspapier der neuen Bundesregierung wiederfinde. Noch Ende Januar stellte sich die SPD aus „Parteitaktik“ gegen das Zustrombegrenzungs-gesetz und verhinderte so eine Klärung des Themas „aus der politischen Mitte“ heraus. Das habe die AfD stark gemacht. René Domke hoffe, dass die CDU nicht ein weiteres

Wahlversprechen breche, weil sie sich nicht gegen die SPD bezüglich Zurückweisungen in Abstimmung mit europäischen Partnern durchsetzen könne.

Für **Jan-Phillip Tadsen** (AfD) verdeutlichte die Debatte den Unterschied zwischen „linkem Verharmlosungs-politikstil“ und einer Beschreibung der Wirklichkeit. Darum verwies der Abgeordnete auf die Zahlen, wonach sich die Fälle schwerer Körperverletzung durch „nicht deutsche Tatverdächtige“ in den letzten drei bis vier Jahren fast verdoppelt haben. Es könne nicht ignoriert werden, dass dies mit der illegalen Migration von Menschen mit anderen „kulturellen Verhaltensmustern“ zusammenhänge. Wenn dann nicht einmal genügend Sprachkurse angeboten würden, „dann ist das ein krasses Integrations-scheitern“ struktureller Art und deswegen muss „strukturell an der Grenze endlich eine Migrationswende her, die die illegalen Einreisen verhindert“. Nationale Maßnahmen genügten nicht. Die AfD bevorzuge „einen EU-Migrationsgipfel“, der ein „neues Grenzregime an der EU-Außengrenze“ etabliert und „die Schlepper effektiv bekämpft“. Dazu gehörten auch „Schutzzentren außerhalb Europas“ und die Idee einer Remigration.

Mit der Ablehnung des Antrages durch alle Fraktionen und die fraktionslosen Abgeordneten, bei Zustimmung der AfD wurde die Drucksache abgelehnt.

mye
Antrag AfD
Drucksache 8/4634



Ausgabe verpasst?

Alle Ausgaben der LandtagsNachrichten
Finden Sie in unserem Archiv.

www.landtag-mv.de/landtag/publikationen-bestellen/landtagsnachrichten/alle-ausgaben-ab-juli-2006



Solide Finanzkraft für die Kommunen

Für eine gerechte und nachhaltige kommunale Förderpolitik

Kommunen seien nicht nur das Fundament unserer Gesellschaft, sie sicherten auch die Daseinsvorsorge ihrer Bürger, stellte die CDU heraus. Doch hohe finanzielle Belastungen durch immer mehr Aufgaben im sozialen Bereich oder durch Bürokratie belasteten die Haushalte. Darum schlug die Fraktion umfangreiche Maßnahmen zur besseren kommunalen Selbstverwaltung und höheren Lebensqualität der Menschen in strukturschwachen Gegenden vor. Besonderes Augenmerk müsse laut CDU auf der Unterstützung mit Bundes- und Landesmitteln liegen.

Ob Kultur, Wirtschaft oder Politik – alles finde in unseren Kommunen statt, hob **Marc Reinhardt** (CDU) hervor. Zwar habe die Reform des Finanzausgleichsgesetzes von 2020 den Kommunen geholfen, doch durch die schwache Konjunktur, steigende Sozialkosten für Bürgergeld oder Kita und durch Kürzungen der Investitionspauschale sei „dieser positive Effekt nahezu verpufft“. Gerade die Absicherung der Kita-Beitragsfreiheit schränke Kommunen bei Investitionen oder Leistungen ein. Hier müsse „ein Konzept des Landes“ gegensteuern, forderte der Abgeordnete. Er schlug eine „deutliche Erhöhung der Investitionspauschale“ vor oder die gezielte Förderung von Kleinstädten „als regionale Ankerorte“ durch die Öffnung der Städtebauförderung. Marc Reinhardt nannte auch speziell die Infrastrukturprogramme des Bundes, kofinanziert durch das Land, die Anreize für mehr Zuzug in kleinere Kommunen schaffen könnten.

Nicht alle, aber viele Kommunen hätten schwache Steuereinnahmen, räumte Innenminister **Christian Pegel** (SPD) ein, wies aber den Vorwurf der ungenügenden Unterstützung der kommunalen Familie zurück. Denn das Land stelle ihnen rund 2.500 Euro pro Einwohner zur Verfügung. Kein anderes Bundesland gebe mehr. Gemäß dem Gleichmäßigkeitsgrundsatz profitierten die Kommunen immer mit: „Mehr Steuereinnahmen – mehr Kommuneinnahmen“. Auch habe das Land „die europäischen Fördertöpfe“ durchgängig zugänglich gemacht. Städte- oder Wohnungsbauförderung wurden immer kofinanziert, selbst bei „deutlich strapaziertem Landeshaushalt“, ver-

deutlichte der Minister. Das Land trage immer den gleichen prozentualen Anteil der Sozialleistungen, so dass Ausgabensteigerungen „eins zu eins“ im Landeshaushalt ankämen. Das bedeute, die kommunale Seite habe „erhebliche Herausforderungen“, doch die des Landes seien „mindestens drei bis vier Mal höher“. Christian Pegel forderte die CDU auf, „konkret Farbe [zu] bekennen“, was sie wolle. Mit Gewissheit stehe die Regierungskoalition zu lebenswerten Verhältnissen im ländlichen Raum.

Auch **Jens-Holger Schneider** (AfD) betonte die Wichtigkeit einer guten Lebensqualität in den Städten und Dörfern. Dazu benötigten die Kommunen „ausreichend Geld und Personal“. Der CDU-Antrag enthalte „zutreffende Problembeschreibungen“ und „sinnvolle Lösungsvorschläge“. Darum stimme seine Fraktion der Drucksache zu. Dennoch konfrontierte Jens-Holger Schneider die CDU mit ihren „teilweise unbestimmten und widersprüchlichen Forderungen“. So werde die Verringerung von Einzelförderungen des Landes angeführt, ohne eine konkret zu benennen. Die Finanzbelastung der Kommunen habe die CDU „zutreffend“ beschrieben, aber gerade im Bereich Jugend gebe es mehr „Problemthemen“. Neben den stark gestiegenen Aufwendungen bei der Hilfe für junge Volljährige führe die höhere Zuweisung unbegleiteter minderjähriger Ausländer zu erheblichen Mehrkosten für die Kommunen. Darum empfahl der Abgeordnete eine Anpassung des Antrages.

Der Antrag versuche, das „angebliche Image“ der CDU als Kommunalpartei „aufzuhübschen“, vermutete

Dirk Bruhn (DIE LINKE). Doch mit einer auf die Zukunft gerichteten Politik habe er „nichts zu tun“. Die Deutsche Bahn sei „sinnbildlich“ dafür, was die CDU für die Menschen vor Ort übrighabe. Also versuche die Fraktion hinsichtlich der Infrastrukturmittel des Bundes und entsprechender Kofinanzierung des Landes Handlungsbedarfe aufzuzeigen. „Ihre Analyse ist dabei oft abwegig und schlicht von gestern“, konterte Dirk Bruhn die CDU-Forderungen. Sie lasse außer Acht, dass die Landesregierung die Rahmenbedingungen „ständig nachsteuert“. In Bezug auf die Städtebauförderung stellte der Abgeordnete richtig, dass sie schon immer für Kleinstädte galt, sofern die Verwaltungsvereinbarungen erfüllt waren. Mit einer Kitafinanzierung von 55,2 Prozent werde das Land seiner Verantwortung gerecht. „Das ständige Fordern nach mehr Geld hat bisher noch keine Probleme gelöst“, fasste der Politiker seine Ablehnung zusammen.

Jutta Wegner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stimmte dem Antragsteller in der Bedeutung der Kommunen zu: „Denn vor Ort wird Gesellschaft erlebt, vor Ort entscheidet sich, ob die Demokratie in der Lage ist, die Probleme der Menschen zu lösen.“ Doch das dann folgende „Sammelsurium an Themen und Allgemeinplätzen“ enttäuschte die Politikerin und sie fragte sich, was die CDU eigentlich wolle. Meist entstände der Eindruck, der Bund und die EU „sollen“, „mögen“, „müssen“ handeln. Manche Forderungen wirkten auch widersprüchlich. So sollen Zukunftsinvestitionen pauschal gefördert werden, bei den Schulen werden aber „spezifische“ und „einschränkende“ Bedingungen gelistet. Ja, die Kommunen stünden vor „sehr großen Herausforderungen“, bestätigte Jutta Wegner. Sie bedauerte, dass der CDU eines der zentralen Probleme der Kommunen, und zwar die Anpassung an den Klimawandel, „nicht ein einziges Wort wert“ sei. Deshalb lehne ihre Fraktion den Antrag ab.

Hintergrund

Die kommunalen Finanzen in MV setzen sich aus eigenen Steuereinnahmen, Zuweisungen von Bund und Land sowie einem Finanzausgleich zusammen, der Unterschiede in der Finanzkraft der Kommunen ausgleicht und so sicherstellen soll, dass alle Gemeinden über eine angemessene finanzielle Leistungsfähigkeit zur Erfüllung ihrer Aufgaben verfügen.

Das Finanzausgleichsgesetz MV (FAG M-V) regelt, inwieweit die Kommunen des Landes an den zur Verfügung stehenden Einnahmen im Land beteiligt sind (vertikaler Finanzausgleich) und wie diese Mittel unter den Gemeinden und Landkreisen im Land verteilt werden (horizontaler Finanzausgleich).

Neben den Finanzausgleichsleistungen zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs haben die Kommunen einen Anspruch auf einen Kostenausgleich für die Wahrnehmung übertragener Aufga-

ben. Nach dem in Artikel 72 Absatz 3 unserer Landesverfassung verankerten strikten Konnexitätsprinzip ist für eine dadurch entstehende Mehrbelastung der Gemeinden und Kreise ein entsprechender finanzieller Ausgleich zu schaffen.



Die wiederholten Versuche der CDU, sich als Kommunalpartei darzustellen, machten es nicht glaubwürdiger, kritisierte **Martina Tegtmeier** (SPD) den Antragsteller. Bei den zehn Feststellungen und 14 Forderungen habe sie den Eindruck, „dass hier nichts wirklich zusammenpasst“. Viele Sachen seien „natürlich richtig benannt“. Aber den strukturellen Nachholbedarf unserer Regionen mit den großen Ballungszentren zu vergleichen, das werde „mit allen Mitteln dieser Welt“ nicht gelingen. Die Abgeordnete verwies auf die Vorteile für das Land beim Länderfinanzausgleich. Auch bei den EU-Mitteln profitiere MV ganz besonders. Martina Tegtmeier unterlegte ihre Ausführungen mit konkreten Zahlen. Ebenso habe MV verglichen mit anderen Flächenländern „ein recht kleinteiliges Netz an Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen sowie an Betreuungseinrichtungen. Die Politikerin hoffte, verdeutlicht zu haben, wie viel bereits geleistet werde.

Die CDU mache hier ein „zu großes Fass auf“, wand **David Wulff** (fraktionslos) ein. Teilweise nenne sie „schwammige“, teilweise „sehr konkrete“ Probleme des ländlichen Raums. Diese reduzierten sich im Wesentlichen auf drei zentrale Sachen: „Kein Geld, keine Struktur, keine Leute.“ Was der Antrag

beschreibe, könne der „durchschnittliche Abgeordnete“ gar nicht in der Tiefe durchdringen. Darum schlug David Wulff die Überweisung in die Ausschüsse vor. „Da gehört das Ganze hin.“

Sandy van Baal (fraktionslos) schloss sich der Überweisung an. Der FDP sei immer an einer „ehrlichen Finanzpolitik“ gegenüber der kommunalen Ebene gelegen gewesen, die sie nicht „zum Vollstrecker“ mache, sondern „als aktiven Mitgestalter anerkenne. Aus den Gemeinden höre sie stets, dass trotz weniger Einwohner, immer mehr Aufgaben mit weniger Personal und immer mehr Vorschriften bewältigt werden sollen. Das müsse angegangen werden.

Marc Reinhardt (CDU) korrigierte die Behauptungen des Ministers, die CDU-Fraktion wolle Schul- und Krankenhausstandorte schließen oder Elternbeiträge für die Kita einführen. Er erinnerte daran, dass es die CDU gewesen sei, die „die kleine Grundschule“ auf dem Land durchgesetzt habe. Seine Fraktion wolle auch keine Krankenhäuser schließen. Im Gegensatz dazu gefährde die Reform von SPD-Minister Lauterbach „nachweislich“ Krankenhausstandorte. Hinsichtlich der Kitas habe die Landesregierung den Kommunen die Elternbeitragsfreiheit auf-

gebürdet. Darum finde die CDU, „wer das bestellt, soll es auch bezahlen“. Hier plädiere seine Fraktion für eine zwei Prozent höhere Kostenübernahme des Landes. Im Grunde gehe es der CDU darum die Landes-, Bundes- und europäischen Gelder als „direkte Zuweisung“ vom Land zur Verfügung zu stellen. Daneben brauche es „eine zweite Säule“, die sogenannte „Sonderbedarfszuweisung“. Dann könnten sich die Kommunen die Bürokratie zu den unzähligen Förderprogrammen sparen. Marc Reinhardt war überzeugt, dass damit „ein großer Wurf“ gelänge und das Land bei allen Bürgermeistern, Landräten und Verwaltungsmitarbeitern „hoch im Kurs“ stehen würde.

Die Überweisung wurde von allen außer von SPD und DIE LINKE befürwortet und somit abgelehnt.

Für den Antrag stimmten die CDU, die AfD und eine fraktionslose Abgeordnete. Weitere fraktionslose Abgeordneten enthielt sich, während DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen den Antrag stimmten. Damit wurde der Antrag abgelehnt.

mye
Antrag CDU
Drucksache 8/4893



Digitale Spiele können ähnlich wie Glücksspiele süchtig machen.

Foto: shutterstock

Suchtgefahr in digitalen Spielen eindämmen

Besonders Kinder und Jugendliche im Fokus

Die digitale Industrie bringt in immer kürzeren zeitlichen Abständen neue Spiele auf den Markt. Ein vergleichsweise neuer Trend sind sogenannte Lootboxen. Das sind virtuelle Schatzkisten, die Überraschungen bergen. Doch dafür muss teilweise bezahlt werden - aber kein virtuelles, sondern echtes Geld. Spezielle Belohnungssysteme haben dabei nach Meinung von Experten einen besonderen Reiz und bergen ein hohes Suchtrisiko.

Um die Suchtgefahr einzudämmen haben die Regierungsfractionen von den Fraktionen DIE LINKE und SPD den Bund aufgefordert, klare gesetzliche Vorgaben für sogenannte Lootboxen zu schaffen. Wie **Christian Albrecht** (DIE LINKE) erklärte, funktionieren Lootboxen nach dem Prinzip des Glücksspiels. Sie seien virtuelle Schatzkisten, die sich meist nur gegen echtes Geld, „In-App-Käufe“ genannt, öffnen lassen und zufällige Spielinhalte freigeben. „Ich kaufe eine Box und was da drin ist, weiß ich vorher nicht. Im Prinzip kaufe ich also ein Los und ob ich gewonnen habe, sehe ich dann im Nachgang.“ Wie hoch die Gewinnchance dabei ist, ist in aller Regel nicht transparent. Manchmal läge die Gewinnquote im Promillebereich.

Der ganze Prozess des Öffnens sei audiovisuell so gestrickt, dass das Belohnungszentrum im Hirn direkt angesprochen wird, schilderte Albrecht. Die Spiele versuchten dann, die Gamer

dazu zu bewegen, für diesen Bereich Geld auszugeben. „Genau da wird es problematisch.“ Anfangs würden die Lootboxen quasi umsonst angeboten. „Dann wird es im weiteren Verlauf verknappt.“ Und dann müsse Geld investiert werden, um bestimmte Ziele zu erreichen. Nicht alle Gamer würden die Lootboxen nutzen. Aber 10 bis 15 Prozent der Spieler blieben übrig. „Und die buttern dann richtig rein“. Gerade Kinder würden hier teilweise gezielt ans Glücksspiel herangeführt.

Sozialministerin **Stefanie Drese** (SPD) bestätigte die Brisanz des Themas. Digitale Spiele zählten mittlerweile zu den beliebtesten Freizeitaktivitäten von Kindern und Jugendlichen. „Für einige wird aus dem Zeitvertreib aber eine exzessive Beschäftigung.“ Viele Onlinespiele hätten suchtfördernde Glücksspielelemente und seien so konzipiert, dass die Gamer bei Spielende mit täglichen Aufgaben und Belohnungen zum Weiterspielen

und ständigem Wiederkommen animiert werden. Dies berge ein hohes Suchtpotenzial mit gesundheitlichen, sozialen und finanziellen Folgen. Die Ministerin bedauerte, dass Lootboxen in Deutschland im Gegensatz zu anderen EU-Ländern nicht als Glücksspiel reguliert würden.

„Wir müssen in allen Bereichen viel mehr Maßnahmen gegen Suchtgefahren ergreifen, präventiv und regulativ“, erklärte Drese. Die Landesregierung nehme verstärkt die Glücksspielsucht ins Visier. Bei der Landeskoordinierungsstelle für Suchtthemen (LAKOST) sei eine eigene Fachstelle Glücksspielsucht eingerichtet worden. Erziehungsberechtigte berichteten dort regelmäßig von vermuteten Abhängigkeiten ihrer Kinder von Onlinespielen, aber auch über von Kindern und Jugendlichen getätigte Käufe im Zusammenhang mit Lootboxen zum Teil in Höhe mehrerer Tausend Euro.

„Der Antrag ist ein Musterbeispiel für das, was man wohlwollend als politischen Aktionismus und realistisch als Übergriffigkeit bezeichnen muss“, sagte der AfD-Abgeordnete **Thomas de Jesus Fernandes**. Er sei ein bürokratischer Rundumschlag gegen die freie

Entscheidung und eine digitale Welt. Dabei liege das Durchschnittsalter von Gamern in Deutschland bei über 37 Jahren und die meisten Spiele enthielten gar keine Lootboxen, erklärte de Jesus Fernandes. „Und dort, wo sie vorkommen, unterscheiden Fachleute zwischen erspielbaren Belohnungen und monetarisierten Zufallskäufen.“

Statt differenziert zu argumentieren würden SPD und LINKE seiner Meinung nach alles zusammenwerfen: Altersfreigabe ab 18, Lizenzpflicht für Entwickler, Zwangstransparenz, Ausgabenlimits, eine zentrale EU-Kontrollstelle, Glücksspielwarnhinweise und eine neue Steuer. „Das ist kein Schutzkonzept, das ist eine Regulierungsfantasie mit Kontrollfixierung.“ Die Regierungsfaktionen zeigten damit keinerlei Verständnis für die digitale Lebensrealität von Millionen Menschen, weder von Jugendlichen noch von Erwachsenen. De Jesus Fernandes bezeichnete es als grotesk, wenn mit einer neuen Abgabe auf virtuelle Überraschungseier die Spielsucht bekämpft werden soll.

Ann Christin von Allwörden (CDU) stellte die Frage, warum andere EU-Länder die Lootboxen bereits gesetzlich reguliert haben und warum das bei der bisherigen Ampelregierung offensichtlich nicht ging. „Wir sind im Bund und auch im Land grundsätzlich für eine Regulierung von Lootboxen und gleichzeitig für die Schaffung von Präventionsangeboten“, erklärte sie. Sinnvoll sei die Einbeziehung der Branche, die diese Lootboxen und die Spiele geschaffen hat. Sie kenne den Markt, das Produkt und auch die Schutzmechanismen und könne entsprechend sachlich bewerten und gegebenenfalls auch mitentwickeln.

Die Ampelregierung habe die negativen Auswirkungen von Lootboxen auf Jugendliche zwar erkannt und auch benannt. Sie habe aber mit dem Verweis auf die vermeintliche Zuständigkeit der Länder keine Regelung geschaffen, bedauerte von Allwörden. „Dabei wäre die Implementierung von Schutzmaßnahmen gegebenenfalls auch im Bereich des Jugendschutzgesetzes durchaus prüfenswert gewesen.“

Gaming berge Gefahren vor allem für Kinder und Jugendliche, die ganz besonders schutzbedürftig sind, betonte der SPD-Fraktionsvorsitzende **Julian Barlen**. Die Risiken dürften nicht ignoriert werden, denn viele Spieleanbieter setzten heute auf diese ausgereiften Geschäfts- und Monetarisierungsmodelle, insbesondere die sogenannten Lootboxen, sagte Barlen. Dabei sei der Mechanismus der Lootboxen nichts anderes als Glücksspiel. Da würden Kinder und Jugendliche zum Glücksspiel gebracht. „Da müssen wir unserer Fürsorgepflicht als erwachsene Gesellschaft, aber auch als Politik, gerecht werden.“

Die negative Entwicklung hin zum Glücksspiel habe vor allem eine einzige große Ursache: „Das ist die Steigerung des Profits der Software- und Gaming-Firmen.“ Als Ziel wolle die Landesregierung im Bund und im Bundesrat erreichen, dass eine Altersfreigabe ab 18 Jahren für Spiele mit kommerziellen Lootboxen gilt. Auch eine Kennzeichnungspflicht für Lootboxen und Offenlegung von Gewinnwahrscheinlichkeiten sei erforderlich. Gaming solle Spaß machen und fair sein, nicht nur für Profis und Erwachsene, sondern für alle, ohne Druck, ohne Schulden, ohne Sucht. „Deshalb setzen wir auf Verbraucherschutz, auf Medienkompetenz, auf Transparenz und Verantwortung“, sagte Barlen.

„Spielsucht ist eine anerkannte Suchterkrankung, führt in die soziale Isolation und nicht selten in den finanziellen Ruin“, sagte **Dr. Harald Terpe** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Eine solche Erkrankung gelte es zu verhindern. Aus der Verhaltensforschung sei bekannt, dass die Suchtentstehung durch

Belohnungsmechanismen beispielsweise über Aktivierung von Neurotransmittern ausgelöst

Glückserfahrung und Gefühle getriggert wird. Mit der rasanten Entwicklung internetbasierter Videospiele habe sich gerade für Kinder und Jugendliche der unregulierte Zugang zu Angeboten mit dem Glücksspiel vergleichbaren Elementen stark erhöht.

Terpe konstatierte politischen Handlungsbedarf etwa bei den Regulierungsdefiziten im Jugendschutzgesetz, im Jugendmedienstaatsvertrag und im Glücksspielstaatsvertrag. Dies betreffe unter anderem die Monetarisierungssysteme, die Nutzungsrisiken bei exzessiven Spielverhalten sowie bezüglich der Mikrotransaktionen, fiktiven Währungen und manipulativen Pay-to-win-Mechanismen, erklärte Terpe. Es sei wichtig, der Spielsucht und dem finanziellen Risiko bei Kindern und Jugendlichen vorzubeugen. Die spielenden Kinder und Jugendliche müssten die Kontrolle über die Ausgaben behalten beziehungsweise zurückgewinnen.

„Es ist unbestritten, Lootboxen, die sogenannten Beutekisten, können insbesondere bei jungen Menschen problematische Spielverhalten befördern“, erklärte auch **Barbara Becker-Hornickel** (fraktionslos). Sie kritisierte den Antrag der Regierungsfaktionen, dass in ihm eine konsequente Präventionsstrategie fehle. Kinder und Jugendliche müssten frühzeitig über alle Risiken im digitalen Raum aufgeklärt werden. „Genauso wie über Alkohol Drogen oder klassisches Glücksspiel. Das gehört in die Lehrpläne.“ Es würden auch Programme zur Medienkompetenz benötigt. „Das habe ich auch im Medienstaatsvertrag vermisst.“

David Wulff (fraktionslos) gab gleich noch praktische Tipps für Eltern von Kindern und Jugendlichen im Umgang mit Smartphones: „Gehen Sie einfach auf Einstellungen – Bildschirmzeit und aktivieren Sie die Beschränkungen. Das machen verantwortungsvolle Eltern, wenn sie ihren Kindern die Geräte in die Hand geben.“ Das sei Selbstverantwortung an dieser Stelle und der Staat sei hier nicht Erziehungsberechtigter von Kindern.

Der Antrag der Regierungsfaktionen wurde bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Stimmenthaltung der CDU-Fraktion und Gegenstimmen aller übrigen Abgeordneten sowie der AfD-Fraktion angenommen.

*Antrag der Fraktionen DIE LINKE und SPD
Drucksache 8-4887*



Mecklenburg-Vorpommern ist bei Radtouristen beliebt, auch wenn die Qualität der Radwege unterschiedlich ist.

Fotos: nordreport

Radreiseregion MV soll wieder an die deutsche Spitze

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Zuständigkeit beim Land

Der Radtourismus ist einer der zentralen Bausteine der Tourismuswirtschaft von MV. Der Umsatz, der mit dieser Branche erzielt wird, liegt bei mehr als einer Milliarde Euro pro Jahr. Doch der Zustand der Radwege ist vielerorts nicht gut. Vor wenigen Jahren führte MV noch die Tabelle der beliebtesten Radreiseregionen an, das Land ist aber inzwischen ins Mittelfeld durchgerückt worden.

MV hat nach Ansicht von **Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) in den vergangenen zehn Jahren beim Radtourismus an Boden verloren. Sie verwies auf eine Studie aus dem Jahr 2019, die teils erhebliche Mängel bei der Qualität der Radwege offenbarte. „Da kann man es den Radtouristen in MV kaum übelnehmen, wenn sie sich beim nächsten Radurlaub ein anderes Ziel in Deutschland auswählen.“ Laut einer Untersuchung des Landestourismusverbands bringe der Radtourismus 1,1 Milliarden Euro Gesamtbruttoumsatz im Jahr. Die Potentiale dieses Tourismuszweigs müssten besser ausgeschöpft werden, forderte die Abgeordnete. „Um für Verbesserungen zu sorgen, schlagen wir vor, die Zuständigkeit für die Radfernwege zukünftig beim Land anzusiedeln“, sagte Wegner. Das entlaste die Kommunen und schaffe neben einer klaren Zuständigkeit einen einheitlichen Standard für diese Wege. Lan-

desmittel müssten anhand einer transparenten Priorisierung zur Verfügung gestellt werden. „Wir brauchen außerdem eine dauerhafte Mittelbereitstellung für die Instandhaltung der Radfernwege.“ Einmalige Programme seien nicht ausreichend. Zudem müssten die Radfernwege zu Qualitätsrouten weiterentwickelt werden, um die radtouristische Bedeutung im Bundesländervergleich zu erhöhen. Diese Investitionen kämen unmittelbar auch den Bürgerinnen und Bürgern im Land zugute.

„Ich bin auch der Meinung, dass wir hier ehrgeizig waren und auch weiterhin bleiben sollten“, erklärte der parteilose Wirtschaftsminister **Dr. Wolfgang Blank**. Die Landesregierung habe ihre Anstrengungen für den Radwegebau in dieser Legislaturperiode noch einmal deutlich intensiviert, sagte der Minister. So seien alleine 2024 über zehn Millionen Euro in Radwege an Bundes-

straßen und mehr als sieben Millionen Euro an Landesstraßen investiert worden. Gleichzeitig seien über 30 Millionen Euro Fördermittel für den kommunalen Radwegebau bereitgestellt worden. Derzeit werde das Landesradnetz erarbeitet, sagte der Minister. „Dieses wird das baulastübergreifende Netz der landesweit bedeutsamen Radverkehrsverbindungen umfassen und abbilden.“ Der von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geforderte Übergang von Bau und Instandhaltung der Radfernwege in die Landesverwaltung lehnte Blank ab. Oft verliefen Radfernwege über kleine kommunale Straßen im Mischverkehr. „Wenn das Land hier Baulastträger wäre, entstünden abschnittsweise geteilte Zuständigkeiten auf derselben Straße.“ Dies bedeute einen enormen Aufwand ohne wirtschaftliche Lösung.

Der Radtourismus gerät nach Meinung von **Stefan Reuken** (AfD) zunehmend in Gefahr. „Der Zustand der Radwege gleicht sich dem Zustand der Straßen und Schienen an.“ Auf den Beliebtheitsplätzen im Bundesranking gehe es für MV nach unten. „Entweder machen andere viel mehr richtig als wir und/

oder wir machen etwas falsch.“ Reuken verwies auf den Landesrechnungshof. „Kurz zusammengefasst ist das, was der Landesrechnungshof als Zeugnis zum Thema Radnetzausbau ausstellt, eine ziemliche Ohrfeige.“ Von 2017 bis 2020 seien mit allen möglichen Akteuren sogenannte Werkstattgespräche geführt worden. „Auch in diesem Zeitraum fand keine weitere Erfassung der Radwegeinfrastruktur statt.“ Die Idee der Landesregierung, dass die Landkreise beziehungsweise Kommunen mehr Verantwortung tragen und selbst vor Ort entscheiden sollten, welche Radwege Priorität haben, sei aus AfD-Sicht richtig. Den Bau von Radfernwegen allein dem Land zu übertragen, lehne die AfD ab.

Henning Foerster (DIE LINKE) sagte mit Blick auf die Koalitionsvereinbarung der neuen Bundesregierung, dass für die Unterstützung dieses Anliegens aus Berlin nicht allzu viel zu erwarten sei. Der Radverkehr sei in den kommenden Jahren ein wesentlicher Aspekt der Verkehrswende. Angesichts steigender Unfallzahlen und der Zahl von getöteten Radfahrern müssten Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit im Fokus stehen, auch für den Radtourismus. „Die Landesregierung verfolge daher vor allem das Ziel, die Sicherheit der Radfernwege zu verbessern.“ Diese Zielstellung werde durch entsprechende Förderprogramme und die Realisierung des Zielradnetzes MV 2030 auch unterstützt. „Bis 2033 sollen in MV insgesamt 135 Radwegeprojekte mit einer Gesamtlänge von 203 Kilometern neu errichtet werden. Damit solle das Radwegenetz an Landesstraßen von derzeit rund 1110 auf über 1300 Kilometer anwachsen. Für die geplanten 135 Radwegeprojekte rechne die Landesregierung nun mit Gesamtkosten von 75 Millionen Euro verteilt auf zehn Jahre.“

Wolfgang Waldmüller (CDU) kritisierte den LINKEN-Abgeordneten Foerster. „Man könnte denken, wir haben überhaupt kein Problem.“ Es gehe nicht nur um den Bau neuer Radwege, sondern um die bestehenden Radfernwege und deren Qualität. Das Radfahren und die Radfernwege seien ein Wertschöpfungsfaktor für MV in beträchtlicher

Höhe. Deshalb sei auch für die bestehenden Radwege ein finanzieller Bedarf notwendig. Waldmüller verwies an die ganz eng vernetzte Radfahr-Community. „Die wissen ganz genau, wo ein Radweg in Ordnung ist und wo er nicht in Ordnung ist.“ Wenn diese Radwege deshalb gemieden werden, dann gehe Wertschöpfung verloren. Die Gründe für den Verlust des bundesweiten Spitzenplatzes als Radreiseland liegen für den CDU-Politiker nicht nur an den fehlenden Strukturen und Zuständigkeiten in MV. „Ich glaube, es liegt sehr wohl am Geld.“ Für die Lösung von Planungs- und Finanzierungsfragen schlug Waldmüller runde Tische vor: „Runde Tische oder Koordinierungsstellen sind das Gelbe vom Ei.“

„Mit jährlich rund zwei Millionen Gästen und einem Bruttoumsatz von über 1,1 Milliarden Euro ist der Radtourismus ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in MV“, sagte **Christian Brade** (SPD). In ihrem Antrag forderten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass das Land vollständig die Verantwortung für Bau und Instandhaltung aller Radfernwege übernimmt. Das solle die Lösung sein, um das Ziel aller zu erreichen, die Radinfrastruktur zu verbessern. „Das bezweifeln wir“, betonte Brade. Statt einer Zentralisierung und dem Herausstellen der Fernradwege wäre eine bessere Vernetzung aller Beteiligten beim Thema Radinfrastruktur vorzuziehen. Brade schilderte, wo die Herausforderungen beim Thema liegen: Radwege, Sanierung, Instandhaltung, Lückenschluss und Neubau. Das seien sehr komplizierte und lange Antrags- und Genehmigungsverfahren, sehr viele Verfahrensbeteiligte und ein sehr komplizierter Grunderwerb. „Lassen Sie uns gemeinsam an diesen Dingen arbeiten.“ Dabei müsste mit den im Rahmen einer Haushaltskonsolidierung knappen vorhandenen Mitteln umgegangen und dort investiert werden, wo es den größten Nutzen bringt für Einheimische wie für Gäste, schloss Brade seinen Redebeitrag.

David Wulff (fraktionslos) lobte den übergreifenden Ansatz des Antrags von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. „Im Straßenverkehr haben wir das doch auch: Wir kommen doch auch nicht auf die Idee, dass bei einer Bundesautobahn plötz-

lich die Gemeinde Pussemuckel nur für ihren Abschnitt zuständig ist.“ In der Vergangenheit seien auch einmal die Bundesländer für ihre Autobahnabschnitte zuständig gewesen. „Aber selbst das haben wir mittlerweile ja überwunden.“ Die Bundesautobahn sei nun in einheitlicher Zuständigkeit der Autobahn GmbH, betonte Wulff. In dieser Analogie sei auch der Antrag der Grünen nachzuvollziehen. Wulff regte an, die halbe Stelle im Wirtschaftsministerium, die für den Radverkehr zuständig ist, auf eine ganze Stelle auszubauen. Er sehe auch keine großen Schwierigkeiten dabei, wenn Streckenführungen geändert werden und die verschiedenen Ebenen dann zusammenarbeiten müssten. „Das passiert nicht allzu häufig. Aber wenn es passiert, kriegt man das ja auch immer alles gelöst“, berichtete Wulff aus seiner kommunalpolitischen Erfahrung.

Der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und drei fraktionslosen Abgeordneten, bei Gegenstimmen der Fraktionen DIE LINKE, SPD und AfD sowie Stimmenthaltung der Fraktion der CDU und einer fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

mgl

*Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/4875*



Nachtragshaushalt verabschiedet

Nach der ersten Lesung des Gesetzentwurfes zum Nachtragshaushalt Ende Januar wurden Text und Zahlen in den Fachausschüssen ausführlich diskutiert. Der Finanzausschuss hielt zudem eine Expertenanhörung ab. Dessen Vorsitzender Tilo Gundlack (SPD) machte in der zweiten Lesung darauf aufmerksam, dass die Konjunktur noch immer „schwächelt“, die Energiepreise weiterhin hoch seien und von „jenseits des Atlantiks“ Ungewissheit komme. Zusätzlich gebe es eine neue Bundesregierung und eine Neuregelung der Schuldenbremse. Darum brauche es diesen Nachtragshaushalt von 560 Millionen Euro. Einsparungen werde es bei den Personalausgaben des Landes und durch Bürokratieabbau geben, erklärte Finanzminister Dr. Heiko Geue (SPD). Dennoch werden Investitionen auf „hohem Niveau“ für Schulen, Krankenhäuser, Wissenschaft, Digitalisie-

rung und Mobilität gesichert und die Kommunen unterstützt. Die AfD würde zusätzlich Kürzungen bei Klimaschutz, Energiewendeprojekten, Asyl und ineffizienten Mobilitätsaktivitäten begrüßen, erklärte Martin Schmidt (AfD). Ohne die Berücksichtigung der 21 AfD-Anträge lehne seine Fraktion den Nachtragshaushalt ab. „Impulse“ für wirtschaftliches Wachstum seien richtig, stimmte der Fraktionsvorsitzende Daniel Peters (CDU) zu. Aber ohne „strukturelle Konsolidierung“, wie in den 21 Änderungsanträgen seiner Fraktion vorgeschlagen, werde die CDU nicht zustimmen können. Torsten Koplin (DIE LINKE) lobte den Nachtragshaushalt als einen Haushalt „der klugen Prioritäten“ – der trotz Krisen „verantwortungsbewusst“ die Handlungsfähigkeit des Landes sichere. Die „globalen Minderausgaben“ verschleierten Details zu den Einsparungen und entzögen sie so der parlamentarischen Kontrolle, kritisierte Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). In ihren elf Änderungsanträgen

schlug seine Fraktion mehr Nachhaltigkeit, Klimaschutz, Generationengerechtigkeit und Wirtschaftsentwicklung vor. Ohne deren Berücksichtigung stimme BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht zu. René Domke (fraktionslos) sah im Nachtragshaushalt „zwei systematische Kritikpunkte“. Die Regierung bereite die Verwendung der letzten Reserven vor und verstecke sich hinter „globalen Minderausgaben“. Dies widerspreche seinen Überzeugungen vom Budgetrecht. Die vier fraktionslosen Abgeordneten werden den Nachtragshaushalt ohne Einarbeitung ihrer Änderungsanträge nicht befürworten.

In einer über halbstündigen Abstimmung wurden alle Änderungsanträge der Opposition mindestens mit den Stimmen der Regierungsfractionen abgelehnt. Das Nachtragshaushaltsgesetz 2025 passierte den Landtag mit den Stimmen von SPD und DIE LINKE und sonstiger Ablehnung.

a) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Nachtragshaushaltsgesetz 2025

Drucksache 8/4498

hierzu

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses (4. Ausschuss)

Drucksache 8/4817

hierzu

Änderungsantrag der Abgeordneten René Domke, David Wulff und Barbara Becker-Hornickel, fraktionslos

Drucksache 8/4936

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 8/4950

in Verbindung mit:

b) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushalt für das Haushaltsjahr 2025 (Nachtragshaushaltsgesetz 2025)

Drucksache 8/4499

und dem

ZAHLENWERK zum Nachtrag zum

Haushaltsplan 2025

Drucksache 8/4500

hierzu

Beschlussempfehlungen und Bericht des Finanzausschusses (4. Ausschuss)

Drucksachen 8/4818, 8/4819 und 8/4820

hierzu

Änderungsanträge der AfD

Drucksachen 8/4846 bis 8/4866

Änderungsanträge der CDU

Drucksachen 8/4911 bis 8/4931

Änderungsantrag der Abgeordneten René Domke, David Wulff und Barbara Becker-Hornickel, fraktionslos

Drucksache 8/4937

Änderungsanträge von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 8/4940 bis 8/4949

Landtag beschließt Lehrkräftebildungsgesetz

Mit dem Lehrkräftebildungsgesetz wird nach Ansicht von Dirk Stamer (SPD) das Lehramtsstudium praxisnäher und flexibler. Ein Element sei die Einführung eines schulstufenbezogenen Lehramts für die Klassen 5 bis 12. Studierende entschieden erst am Ende des Studiums, ob sie an Gymnasien oder Regionalen Schulen unterrichten möchten. Mit dem Maßnahmenpaket gehe die Landesregierung die Probleme bei der Lehrerbildung an, sagte Wissenschaftsministerin Bettina Martin (SPD). „Das Lehramtsstudium in seiner bisherigen Form ist zu theoretisch, zu starr, zu unflexibel, zu lang und zu überfrachtet.“ Es werde ein stärkerer Fokus auf die Praxiserfahrung gelegt. In dem Gesetzesentwurf seien gute Ansätze, allerdings auch schwerwiegende Fehler, sagte Enrico Schult (AfD). Inhalte würden reduziert. Auch weise die Reduzierung der Prüfungslast in eine bedenkliche Richtung. Es könne nicht richtig sein, Anforderungen immer als Last zu begreifen. Mit dem Gesetz sei das Land auf dem Weg zum Einheitslehrer und zur Einheitsschule, kritisierte Katy Hoffmeister (CDU). Es seien viele Fragen offen wie:



Zukünftig entscheiden Studierende erst am Ende ihres Studiums an welcher Schulform sie unterrichten möchten.

Foto: nordreport

„Wer trägt eigentlich die Kosten dieser Reform, die noch nicht einmal bis zum Ende des Studiums der ersten Studienbeginner ausfinanziert ist.“ Christian Albrecht (DIE LINKE) wies darauf hin, dass in MV 2030 mehr als 2.600 zusätzliche Lehrkräfte benötigt würden. „Gleichzeitig liegen die Schwundquoten im Lehramtsstudium bei bis zu 70 Prozent.“ Das gemeinsame Lehramt für die Sekundarstufen 1 und 2 sei ein bildungspolitischer Fortschritt. Für Jutta Wegner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sind viele Veränderungen für Studierende absolut sinnvoll und richtig. Allerdings greife es zu kurz, den Lehrkräfteberuf bis zum Referendariat weitestgehend theore-

tisch zu erlernen. „Das Gesetz ist nicht richtig rund und bedarf noch einer weiteren Ausführung“, erklärte Barbara Becker-Hornickel (fraktionslos). So seien noch Fragen zur Inklusion offen. Auch sei nicht geklärt, ob Quereinsteiger adäquat ausgebildet werden. Der Gesetzesentwurf wurde mit Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und SPD, Gegenstimmen der Fraktionen CDU und AfD sowie Stimmenthaltungen aller übrigen Abgeordneten angenommen.

*Gesetzesentwurf der Landesregierung
Drucksache 8/4373*

CDU fordert Änderung für Juristen-Referendariat

Die CDU-Fraktion hat eine gerechte und leistungsorientierte Vergabe von Referendariatsplätzen im juristischen Vorbereitungsdienst gefordert. Das aktuelle System müsse sozial gerechter gestaltet werden, sagte der CDU-Abgeordnete Sebastian Ehlers. Neben der Examensnote sollten persönliche, familiäre und regionale Umstände wie ein Landeskinderbonus berücksichtigt werden. „Dieser Gesetzesentwurf ist weder notwendig noch zielführend“, sagte Justizministerin Jacqueline Bernhard (DIE LINKE). Die bestehende Rechtslage habe sich bewährt. Es sei nicht abzusehen, dass sich diese Situation ändert. Die Einführung eines Landeskinderbonus ist nach Ansicht von Horst Förster (AfD) vernünftig. Gleichzeitig wäre es sinnvoll, Richterinnen und Richter, die in der Ausbildung der Referendare tätig sind, in ihrer richterlichen Tätigkeit zu entlasten. Angesichts der momentanen Referen-

dariatsregelungen droht nach Ansicht von Prof. Dr. Robert Northoff (SPD) keine Abwanderung von Bewerberinnen und Bewerbern, die in MV geboren wurden. Eine einseitige Begünstigung der Einwohner von MV müsse verfassungsrechtlich geprüft werden. Für den Gesetzesentwurf der CDU-Fraktion fehle es am erforderlichen Bedarf, erklärte die Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Constanze Oehrich. In MV gebe es keine Wartezeiten und daher auch keine Wartelisten. „Der vorliegende Vorschlag geht völlig an der Realität vorbei“, bekräftigte Michael Noetzel (DIE LINKE). Das Vergabeverfahren für die Referendariatsplätze würde unnötig verkompliziert. Die Regelung könnte auch Bewerberinnen und Bewerbern aus anderen Bundesländern abschrecken. René Domke (fraktionslos) betonte die Notwendigkeit, den Studienstandort MV prinzipiell attraktiver zu machen. Es

gebe dringenden Bedarf an Nachwuchs von Juristinnen und Juristen. Ihnen sollte das Signal gegeben werden, dass es in MV Perspektiven und Chancen gebe. Der Antrag der CDU wurde bei Gegenstimmen der SPD und die LINKE und Zustimmung der anderen Fraktionen und fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

*Antrag der CDU-Fraktion
Drucksache 8/4888*





Bundesmittel für Bahnstrecken in MV gefordert

Obwohl noch einiges zu tun bleibe, schreite die Mobilitätsoffensive der MV-Koalition voran, lobte Marcel Falk (SPD). Da Mobilität jedoch „Daseinsvorsorge“ sei, wollen SPD und DIE LINKE den Bund beim überregionalen Schienennetz und der Modernisierung der Bahnhöfe mehr in die Verantwortung nehmen. In ihrem Gemeinschaftsantrag listeten sie die Strecken auf, die reaktiviert, elektrifiziert oder ausgebaut werden müssen. Wo möglich sei das Land in Vorleistung gegangen, aber „Bahn und Bund müssen mitziehen“, beharrte Marcel Falk. Besondere Dringlichkeit liege auf dem Ausbau der Vorpommern-Magistrale, der trotz Zusage auf Bundesebene ausgebremst werde. Versprechen müssen gehalten werden und darum erwarte das Land „klare Zusagen und Tempo beim Bahnausbau“.

Der Bund habe „das System Bahn“ jahrzehntelang unterfinanziert, kritisierte der Wirtschaftsminister Dr. Wolfgang Blank (parteilos). Mit den Infrastruktur-Sondervermögen sei jetzt ein guter Moment, um „die besonderen Bedarfe“ in MV geltend zu machen. Viele Bürger im Land seien auf das Auto angewiesen, weil Bahnfahren „schlichtweg nicht alltagstauglich“ sei, betonte Stephan Reuken (AfD). Verkehrspolitik müsse darum alle einbeziehen. Die CDU-Fraktion wolle endlich „Mobilitätsfortschritte“ in der Realität sehen, statt „neuer Forderungskataloge für Berlin“, hielt Wolfgang Waldmüller (CDU) der Regierungskoalition vor. Genau darauf zielen der CDU-Änderungsantrag. Eine Reaktivierung wirtschaftlicher Strecken brauche Bundesmittel, entgegnete Henning Foerster (DIE LINKE). Gerade in Bezug auf die Vorpommern-Magistrale, einst als Ausgleich für das LNG-Terminal in Mukran zugesichert, sei „Druck in der Sache“ notwendig. Auch wenn Forderungen aus dem Änderungsantrag ihrer Fraktion übernommen wurden, fehlten noch Punkte, wie der zweigleisige Ausbau der Strecke Rostock-Stralsund, unterstrich Jutta Wegner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Eigentlich ein Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nummer Eins, aber bis heute nicht umgesetzt. David Wulff (fraktionslos) regte Zusammenstellgleise oder Zweigleisigkeit in Bahnhöfen an, um die „Nadelöhre“ für den Güterverkehr zu beheben.

Der Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde bei Enthaltung der AfD mit den Gegenstimmen von DIE LINKE und SPD bei sonstiger Zustimmung abgelehnt.

Dem Änderungsantrag der CDU stimmten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die CDU und eine fraktionslose Abgeordnete zu. Die AfD enthielt sich. Durch die Ablehnung von DIE LINKE, SPD und fraktionslosen Abgeordneten wurde der Antrag verworfen.

Den Änderungsantrag von SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wiesen AfD und CDU ab und eine fraktionslose Abgeordnete enthielt sich. Mit der Zustimmung der Antragssteller und zwei fraktionsloser Abgeordneten wurde der Antrag angenommen.

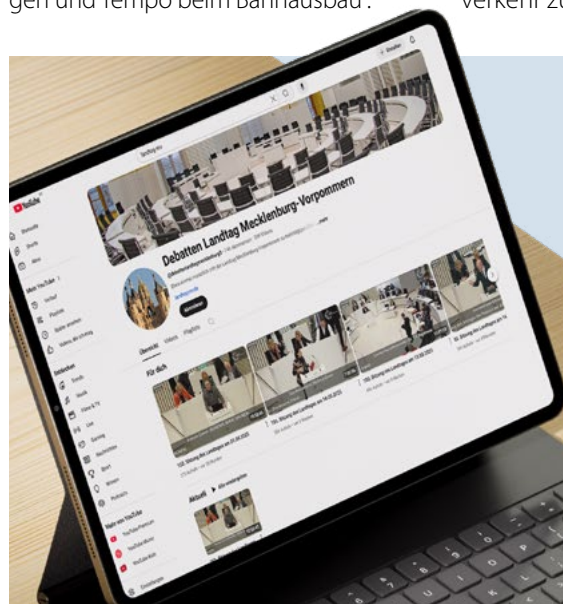
Der Antrag von SPD und DIE LINKE erfuhr Ablehnung durch die CDU sowie Enthaltung einer fraktionslosen Abgeordneten und der AfD. Mit dem Ja aller anderen Parlamentarier und Fraktionen wurde der Antrag angenommen.

*Antrag SPD und DIE LINKE
Drucksache 8/4884
hierzu*

*Änderungsantrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/4939*

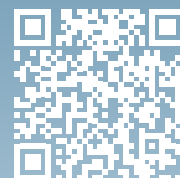
*Änderungsantrag CDU
Drucksache 8/4953*

*Änderungsantrag SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/4955*



Videos der Debatten des Landtages

Erleben Sie die Debatten aus dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern als Video-Mitschnitt.



AfD will Nord Stream Pipeline reaktivieren

Durch eine „ideologiegetriebene Energiepolitik“ zahlten deutsche Haushalte die höchsten Gaspreise in Europa und energieintensive Industrien verlagerten ihre Produktion ins Ausland, beklagte Petra Federau (AfD). Darum müssen Reparatur und Nutzung der Nord-Stream-Pipelines erwogen werden. Nicht nur habe Dänemark der Nord Stream 2 Betreibergesellschaft Erhaltungsmaßnahmen genehmigt, Medienberichte belegten, dass die USA und Russland die Nord Stream-Infrastruktur besprechen. Hieran müsse sich Deutschland „aus staatspolitischer Verantwortung“ beteiligen. Für eine Wiederinbetriebnahme von Nord Stream gebe es keine technische, sondern eine „rein“ politische Hürde.

In der lebhaften Debatte erfuhr die AfD deutlichen Widerstand aus dem ganzen Parlament. Der entscheidende

Punkt für Innenminister Christian Pegel (SPD) lag darin, dass weder die Bundesrepublik noch das Land Eigentümer der Pipelines seien. Es gebe nicht einmal eine Behördenzuständigkeit. Angesichts dieser Realitäten gehe der Antrag am Thema vorbei. Die AfD betreibe ihre „übliche Polemik“, kritisierte Wolfgang Waldmüller (CDU). Die Sichtweise sei außen-, sicherheits- und energiepolitisch „rückwärtsgewandt“. Er wies auch den Einwurf von Enrico Schult (AfD) ab, dass die Reparatur der Pipeline zum Ende des Krieges beitragen könnte. Solange dieser Krieg in der Ukraine stattfindet, sei jeder präsentierte Ansatz „absolut aussichtslos“, entgegnete Daniel Seiffert (DIE LINKE) der AfD. Selbst mit einem Investor aus den USA gebe es „keine einfachen Antworten“ auf eine komplexe Situation. Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) schloss jede Rückkehr zur Abhängigkeit vom russi-

schen Erdgas aus. Der Antrag sei nicht nur „energiepolitisch“ unvernünftig, sondern auch außenpolitisch gefährlich und vor allem moralisch verwerflich. Die AfD inszeniere „ein Schauspiel aus dem politischen Tollhaus“, stand für Falko Beitz (SPD) fest. Handel mit Russland kann es nur über einen gerechten Frieden für die Ukraine geben. David Wulff (fraktionslos) wollte nichts mit der AfD-Sicht zu tun haben, dass die „Welt in Ordnung“ käme, wenn wieder Handel mit Russland stattfände. Ihm seien Unabhängigkeit – wirtschaftlich und politisch – sowie Energiesicherheit bei bezahlbaren Preisen wichtig.

Der Antrag wurde bei Zustimmung der AfD und mit dem Nein aller anderen Fraktionen und Parlamentarier verworfen.

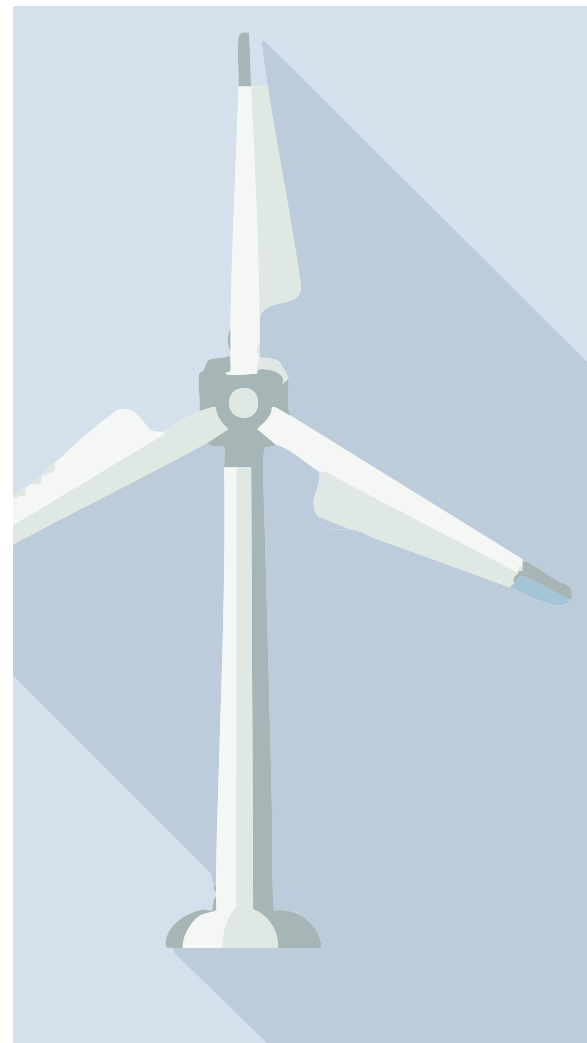
Antrag AfD
Drucksache 8/4880

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern Stärkung der Bürgerenergie

Die Energiewende muss nach Meinung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch eine Demokratisierung der Energieversorgung bedeuten. Der Abgeordnete Hannes Damm forderte deshalb die Einführung von Bürgerinnen- und Bürgerenergiefonds. So werde wirtschaftliche, ökologische und politische Teilhabe ermöglicht. Wirtschaftsminister Dr. Wolfgang Blank (parteilos) verwies auf bereits vorhandene Initiativen des Landes. Die Forderungen des Antrages seien zwar nachvollziehbar, aber bei näherer Betrachtung nicht zielführend. „Statt neue Fördertöpfe zu schaffen und Bürokratie aufzubauen, sollten wir auf das Engagement im Land vertrauen.“ Petra Federau (AfD) kritisierte, dass BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Eindruck erwecken wolle, dass sich Bürger erst durch neue Förderprogramme an Energieprojekten beteiligen könnten. „Wer sich beteiligen will, kann das schon heute tun.“ Mit dem Antrag gebe es nur neue Förderbürokratien. Daniel Seiffert (DIE LINKE) bezeichnete das Anliegen des Antrags als ehrenwert. Es würden zwar viele Menschen beteiligt, aber auch viele Leute ausgeschlossen. „Nämlich die Leute, die kein Geld übrighaben, um sich daran zu beteiligen.“ „Die größt-

mögliche Akzeptanz ist immer dann gegeben, wenn man die Bürger nicht überfordert“, betonte Wolfgang Waldmüller (CDU). Die Bürgerinnen und Bürger seien momentan durch den Ausbau von Windkraftanlagen überfordert. Da helfe auch kein Förderprogramm. Die Idee, Bürgerenergieprojekte zu unterstützen und Menschen stärker in die Energiewende einzubinden, sei grundsätzlich richtig, sagte Falko Beitz (SPD). Allerdings erwiesen sich die im Antrag vorgeschlagenen Maßnahmen zur gegenwärtigen Zeit haushaltspolitisch als nicht tragfähig. Den Ansatz des Antrags bezeichnete David Wulff (fraktionslos) als überlegenswert. Allerdings wäre es hilfreicher, die Distanzregelung für den Eigenverbrauch im EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) zu streichen. Das sei viel zu eng gefasst. Der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Enthaltung von zwei fraktionslosen Abgeordneten ansonsten Gegenstimmen abgelehnt.

Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 8/4876 -



Befragung der Landesregierung

Der Donnerstag einer Landtags-Sitzungswoche beginnt in der Regel mit der Befragung der Landesregierung. Hierfür benennen die Abgeordneten, die eine Frage stellen wollen, im Vorfeld den Geschäftsbereich sowie das jeweilige Themengebiet ihrer Frage. Somit haben die betreffende Ministerin oder der betreffende Minister die Möglichkeit, sich vorzubereiten. Die tatsächliche Frage stellt ihnen der oder die Abgeordnete im Rahmen der Fragestunde.

Situation an Deutschen Grenzen

Jan-Phillip Tadsen, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Minister! Einen guten Morgen wünsche ich Ihnen!

Wir alle verfolgen ja jetzt mit großer Spannung die Arbeit der neuen Bundesregierung. Die Migrationspolitik ist von der CDU ja sehr stark thematisiert worden. Und jetzt hat Innenminister Dobrindt, frisch ins Amt gebracht worden, ein Zitat im ZDF einmal formuliert, das darf ich hier einmal zitieren. Er sagt: „Es werden Menschen zurückgewiesen, die auch Asyl beantragen bei uns, weil sie aus einem sicheren Drittstaat kommen ...“ Zitatende.

Folgt man dieser Aussage des Bundesinnenministers, dann dürfte ja eigentlich keine Person, die als Asylbewerber hier nach Deutschland kommen will, weiter einreisen dürfen. Ist das nach Ihrer Kenntnis, nach Ihren Informationen, die Sie auch sicherlich in einem Austausch mit der Bundesregierung erlangen, ist das nach Ihrer Kenntnis derzeit der Fall? Und wie stellt sich ganz allgemein nach Ihrer Ansicht derzeit die Lage an der polnischen Grenze dar?

Minister Christian Pegel: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, zunächst wäre ich dankbar, wenn der Kollege Dobrindt im Zweifel auf Zitate selbst im Bundestag antwortet. Ich würde mich ungern zu seinem Sprachrohr machen.

In der Sache selbst beschreibt er das, was CDU, CSU und SPD überwiegend im Koalitionsvertrag vereinbart haben. Er hat nach meiner Erinnerung noch einen zweiten Satz hinten drangehängt, der eben für gewisse vulnerable Gruppen und Härtefälle eben gerade die Ausnahme auch betont. Ich gehe davon aus, dass von daher das Zitat aus mindestens

zwei Sätzen bestehen sollte, habe aber diese ZDF-Sendung jetzt nicht gesehen, deswegen kann ich nur sagen, in der Regel hat er immer mehrere Sätze, die das zusammengefasst beschreiben.

Drittens habe ich zumindest medial wahrgenommen, dass die Bundespolizei – und nur die wird uns verlässliche Auskunft über die Situation an den Bundesaußengrenzen geben können, weil sie genau und nicht die Landespolizei dafür zuständig ist – gestern zumindest signalisiert, dass sie in fünf Sachverhalten entsprechende Zurückweisungen vorgenommen hat.

Wir werden aber miteinander – und das habe ich in der Vergangenheit in diesem Landtag gesagt und das gebe ich auch gerne erneut an die Hand –, wir werden die lange grüne Grenze zwischen Polen und Deutschland im Blick zu behalten haben. Das heißt, die bundespolizeiliche Arbeit wird sich nachhaltig bemühen, an den Grenzübergangspunkten und mit Sicherheit auch mit Kontrollen entlang der grünen Grenze die entsprechenden vom Bundesinnenminister vorgegebenen Sachverhalte umzusetzen. Aber es bleibt dabei, dass Sie an der grünen Grenze natürlich eine Vielzahl von Strecken haben, die relativ unübersichtlich sind und für



die nach meiner Überzeugung die Bundespolizei keine Meter an Meter garantierte Überwachung vorgeben kann.

Wir erleben aber seit mehreren Monaten – auch das habe ich diesem Hohen Hause ja wiederholt an die Hand gegeben – ohnehin schon einen deutlichen Rückgang der Zugangszahlen. Ich gehe davon aus, dass der sich dann noch einmal deutlich verstetigen wird. Um ein Gefühl zu geben, bei denen, die aufgrund von Flucht und Asyl zu uns gelangen, ausgenommen ausdrücklich die Vertriebenen der Ukraine, haben wir im Jahr 2025, am Ende der 19. Kalenderwoche, fast eine gleiche Zahl gehabt wie 2021, was von allen Beteiligten bis heute als relativ undramatisch eingeschätzt wird. Und wenn Sie es mit den Vorjahren vergleichen, wenn wir zum Beispiel das Jahr 2023 als erhebliches Zugangsjahr betrachten, sind wir bei einer knappen Halbierung, sodass auch schon in den ersten 19 Wochen deutliche Rückgänge zu verzeichnen waren.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Tadsen, eine Nachfrage. Bitte schön!

Jan-Phillip Tadsen, AfD: [...] Herr Minister, das Ganze bewegt sich ja in einem rechtlichen Rahmen. Das werden Sie als Jurist natürlich auch regelmäßig versuchen einzuschätzen. Und der Bundesinnenminister ist nun auch gefragt worden, inwieweit denn die Dublin-III-Verordnung, die ja die Asyl-antragsprüfung auch mit regelt, außer Kraft gesetzt worden wäre, inwieweit diese konkrete Verordnung jetzt noch gilt oder nicht. Der Innenminister des Bundes, Herr Dobrindt, ist dieser Frage ausgewichen und hat darauf keine Antwort gegeben.

Wie schätzen Sie das denn ein als Landesinnenminister, der ja nun auch regelmäßig mit Dublin-III-Fällen konfrontiert ist, die ja auch eine große Problematik für Mecklenburg-Vorpommern darstellen, ist Ihrer Ansicht nach aktuell diese Dublin-III-Verordnung noch in Kraft oder nicht?

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, die Dublin-III-Verordnung ist ein europäischer Rechtsakt. Nach meinem Kenntnisstand hat die Europäische Union an der Stelle nichts geändert. Von daher beziehen wir uns zumindest in unserer Arbeit weiterhin auf die Dublin-III-Verordnung, weil das zum Beispiel für einen Teil derjenigen, die bei uns in der Erstaufnahmeeinrichtung weilen, zum Teil auch in Gemeinschaftsunterkünften, eine Grundlage ist, von benachbarten europäischen Mitgliedsländern deren Rücknahme oder deren Rückreisemöglichkeit zu verlangen. Ich sehe nicht, dass damit die Dublin-III-Verordnung ausgesetzt ist, sondern ich sehe, dass wir uns zumindest in unserem Handeln – und das gilt für alle 16 Bundesländer, soweit ich es wahrnehme – weiterhin darauf beziehen.

Was Herr Dobrindt an der Stelle als Bundesinnenminister umgesetzt, ist das, was wir gemeinsam vereinbart haben, dass in Absprache mit den europäischen Nachbarländern man über die schon anderthalb Jahre laufenden Grenzkontrollen – auch die gibt es ja schon länger – Zurückweisungen noch einmal konsequenter vornimmt. Und ich gehe davon aus, dass die Abstimmung, so, wie dieser Koalitionsvertrag es vorgegeben hat, mit den betroffenen europäischen Nachbarländern stattgefunden hat.

Und da der Bundeskanzler dankenswerterweise eine seiner ersten Auslandsreisen auch nach Polen vorgenommen hat, haben im Zweifel auch direkte Dialogmöglichkeiten bestanden. Ich erinnere zumindest nicht, dass die Polen seinen Besuch verweigert hätten, sondern sie haben den Besuch, soweit ich es der Medienlage – mehr kann ich ja nicht – entnehme, lediglich für einen kritischen Hinweis genutzt, um auf ihre Betroffenheit hinzuweisen, die ich natürlich teile. Zugleich hat die polnische Regierung nach meiner medialen Wahrnehmung noch einmal darum gebeten, dass die Europäische Union dann eben auch gemeinsam an der Außengrenze hilft. Aber noch einmal, Dublin-III-Verordnung gilt.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Bevölkerungsschutzkonzept des Bundes und Situation in MV

Marc Reinhardt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister! Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe arbeitet gemeinsam mit den Bundesländern im Rahmen des Bevölkerungsschutzkonzeptes an einem Schutzraumplan für Deutschland. Der Direktor unseres Landesamtes für Katastrophenschutz, Herr Walus, hält nach Pressemitteilung Schutzräume für einen Baustein in der Konzeption des Bevölkerungsschutzes, die immer einen Mehrfachnutzen haben, insbesondere im Bereich von Naturkatastrophen und Blackouts, nicht nur aus Sicht möglicher militärischer Gefahren können seiner Ansicht nach Schutzräume Leben retten.

Deshalb meine Frage: Welchen aktuellen Stand haben das Bevölkerungsschutzkonzept des Bundes und der Schutzraumplan bezogen auf die Maßnahmen im Land Mecklenburg-Vorpommern?

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das, was dort vermutlich medial berichtet worden ist, beruht auf einem Beschluss der Innenministerkonferenz, dem aber die damalige Bundesinnenministerin aktiv durchaus positiv beigetreten ist. Ins Leben gerufen worden ist unter dem Schirm des BBK – der entsprechenden Bundesbehörde, die Sie gerade genannt haben – eine Arbeitsgruppe, die unter der Federführung des Bundes versucht, das Schutzraumkonzept weiterzuentwickeln.

Ich bin allerdings mit den Diskussionen ein wenig vorsichtiger, weil es immer den Eindruck erweckt bei manchen Menschen, wir würden schon morgen einen Krieg erwarten. Ich will ausdrücklich sagen, ich erwarte morgen und übermorgen keinen Krieg,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Erst in einer Woche.)

sondern was wir tun, sind Vorbereitungen auf vielfältige Situationen. Deshalb glaube ich, dass es richtig ist, sich langfristig damit zu befassen.

Ich will aber gerne einordnen, Herr Dr. Walus hatte mit mir gemeinsam im vergangenen Jahr – darüber hatte ich auch mal berichtet, nach meiner Erinnerung im Innenausschuss – Finnland besucht. Wir haben uns dort die dortigen Schutzraumkonzepte angeschaut, die noch einmal von einer deutlich anders auch in der Bevölkerungswahrnehmung empfundenen Bedrohungslage getragen sind. Und die Finnen, anders als Deutschland, so, wie ich es in den 70ern – 70er ist für mich zu früh –, 80er-, 90er-Jahren wahrgenommen habe, haben wir immer Schutzeinrichtungen geschaffen, die aber die gesamte Zeit betreut und behütet werden mussten, ohne irgendeiner Nutzung zu unterliegen. Die Finnen nutzen ihre entsprechenden Schutzräume als Tiefgaragen, mit Fitnesscentern, mit Sporteinrichtungen. Also sie versuchen in der Zeit, in der zum Glück keine Bedrohungslage da ist, gleichwohl eine Nutzung zu erzeugen, die sicherlich trotzdem eine teurere Herstellung und auch höhere Unterhaltungskosten erfordert, weil diese Schutzanlagen umfänglicher sind, aber auf die Art und Weise hier eine geringere volkswirtschaftliche Last zu erzeugen.

Ich gehe davon aus, dass der Dr. Walus vor allen Dingen darauf Bezug genommen hat und darüber hinaus sagt, natürlich gelten Leuchttürme, und wie wir diese Dinge genannt haben, auch in anderen Situationen außerhalb eines Kriegsfall, den sich keiner herbei-

sehnt, den keiner herbeireden will und von dem ich überzeugt bin, dass er momentan zum Glück auch nicht unmittelbar an die Tür klopft. Aber wir können bei jedem schweren Schneesturm in eine Situation geraten, wo wir kleinere Dörfer und Gemeinden möglicherweise auch mal 24 oder 48 Stunden nur nicht direkt erreichen können und von daher Situationen vor Ort brauchen, in denen Menschen trotzdem Rettungswagen rufen können oder einen Ansprechpartner vor Ort haben.

Von daher ist das, was wir im Land machen, im Katastrophenschutz ein Baustein, der neben den Schutzräumen steht. Bei den Schutzräumen selbst gibts zurzeit keine festen konzeptionellen Vorgaben, sondern der Bund arbeitet gemeinsam mit den Ländern auch daran.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Abgeordneter, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Marc Reinhardt, CDU: Ja, gerne. Wir hatten ja gestern den Beschluss zum Nachtragshaushalt, stehen ja quasi in der Vorbereitung auch zu dem Doppelhaushalt. Lässt sich vielleicht schon sagen oder ermitteln, was das für einen finanziellen Aufwand in den nächsten Jahren für das Land bedeuten wird, oder kann man das noch nicht abschätzen?

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Abgeordneter! Da traue ich mir nicht zu, es abzuschätzen. Das tut offenbar auch diese Arbeitsgruppe noch nicht. Ich habe nur gelernt aus dem finnischen Besuch, dass dort quasi

jeder Neubau ab einer gewissen Größe in der Tat Schutzräume bereithalten muss. Wenn Sie allerdings auf die Diskussionen, die die Finnen geführt haben, in den letzten Jahren schauen, die haben sich seit 2022 deutlich verändert, hats aber auch dort große Besorgnisse gegeben, wie stark das am Ende baupreissteigernd wirkt. Und wenn ich auf unsere Diskussionen bei bezahlbarem Wohnraum schaue, wäre die Verpflichtung, in jedem Gebäude, beispielsweise für mehr als sechs Mietparteien im Keller einen Schutzraum zu schaffen, der wenigstens den sechs Mietparteien Schutz bietet, mit dem Aufwand, den sie betreiben müssen, ist nicht unerheblich.

Ich glaube gleichwohl, dass wir solche Diskussionen in diesem Kontext werden führen müssen, will mal versuchen, den Zahn zu ziehen, dass wir in eine Bunkersituation wie in den 30er- oder 40er-Jahren geraten – sehr große Einrichtungen, die sehr umfassend Schutz erzeugen, oder auch in den 80er-, 70er- und 60er-Jahren, sondern die Diskussion, die dahintersteht, ist, ob es, so, wie wir es zum Beispiel in der Ukraine wahrnehmen, aber Sie können auch bei Israelbesuchen solche Dinge wahrnehmen, in Finnland eben auch, Räumlichkeiten in direkter Nähe zu den Wohnbebauungen haben, die zumindest für Splitterschutz und Ähnliches Hilfsmöglichkeiten anbieten.

Aber noch einmal, das ist eine zentrale Aufgabe des Bundes, wo wir uns auf dessen Aufgaben aufsetzen werden, sobald sie vorliegen. Bisher kann ich Ihnen leider keine Schätzung an die Hand geben.



Zukunft von Nord Stream 2

Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Guten Morgen, Frau Präsidentin!

Herr Minister, wiederholt berichten renommierte Medien über Pläne von US-Investoren, die Pipeline Nord Stream 2 zu kaufen und in Betrieb zu nehmen. Ein solcher Deal als Teil einer ukrainischen Friedenslösung würde den USA beispiellosen Einfluss auf die europäische Energieversorgung verschaffen und gleichzeitig Putins Kassen füllen. Deutschland ist mittlerweile unabhängig von russischem Gas, und das muss so bleiben. Auch für die Mehrheit der EU-Staaten besteht keine Notwendigkeit, die Energieabhängigkeit von Russland erneut zu vertiefen. Im Gegenteil, die offizielle Strategie der EU ist es, sich bis 2027 vollständig von russischem Gas, Öl und Kohle zu lösen. Europa setzt bereits erfolgreich auf erneuerbare Energien, um bis 2050 klimaneutral zu werden.

Frau Schwesig äußerte sich am 30.03. beim „Bericht aus Berlin“ wie folgt. Zitat: „Es war richtig, dass die Bundesregierung die Zertifizierung nach dem Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine ausgesetzt hat. Und es bleibt auch richtig, denn jeden Tag ist Krieg in der Ukraine durch Russland, und deswegen halte ich von diesen Gedankenspielen gar nichts.“ Das lässt allerdings Raum für die Frage, wie es denn weitergeht, wenn Frieden in der Ukraine erreicht wird, was ja das Ziel sein muss. Es wird mit Hochdruck verhandelt und gibt wohl auch erste Erfolge.

Nicht nur deshalb, sondern auch aufgrund der herausgehobenen politischen Bedeutung Mecklenburg-Vorpommerns bei Nord Stream 2 ist es geboten, dass die Landesregierung zu einer politischen Bewertung dieser Pläne kommt. Daher meine Frage: Wie bewertet die Landesregierung diese Pläne? Begrüßt sie eine Inbetriebnahme nach Kriegsende oder lehnt diese ab, und wird sie mit den ihr rechtsstaatlich zur Verfügung stehenden Mitteln versuchen, diese zu verhindern?

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Landesregierung ist zunächst für diese Frage nicht zuständig. Deshalb hält sie sich richtigerweise zurück und bedeckt.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Wir gehen zum Zweiten davon aus – und da würde ich die Aussage der Ministerpräsidentin gern wirken lassen –, zurzeit haben wir keine Situation, die solche Diskussionen überhaupt zulässt. Und es ist richtig, in der jetzigen Situation mit den Sanktionen und in anderer Weise sehr konsequent vorzugehen, mal abgesehen davon, dass wir in der Tat eine Entwicklung zwischenzeitlich in den Versorgungsvarianten haben, die uns davon unabhängig gemacht hat.

Die Spekulation – Sie haben es auf renommierte Medien geschoben, ich entnehme das nur Medien, entnehme das verschiedenen Medien, sehe aber nicht, dass wir irgendwie bewerten können, ob das überhaupt eine realistische Option ist, ob das überhaupt ernsthaft da irgendwo diskutiert wird. Für die Landesregierung hat es zurzeit keine Rolle, soweit wir wahrnehmen, auch für die Bundesregierung nicht. Wir nehmen insbesondere da, wo wir zuständig sind, im Bergamt keinerlei Hinweise wahr, dass irgendwem daran gelegen wäre, mal abgesehen davon, dass die entsprechenden Zerstörungstellen auf schwedischem und dänischem Staatsgebiet liegen und von daher nicht einmal die entsprechenden Behörden, die der Bundesrepublik Deutschland oder des Bundeslandes, berühren können.

Von daher gibt es, selbst wenn jemand diese Überlegung anstellt – alles im Konjunktiv, wir haben davon keinerlei Kenntnis –, gäbe es nichts, was unsere Behörden an der Stelle zu tun hätten. Von daher bedarf es dann auch keiner entsprechenden Erörterungen mit den Behörden durch die zuständigen obersten Landesbehörden.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Abgeordneter, möchten Sie dazu eine Nachfrage stellen?

Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, sehr gerne. Aus meiner Einschätzung ist das nicht korrekt, denn nach Verwaltungsverfahrensgesetz ist die Genehmigungsbehörde dazu verpflichtet, wenn ein Projekt zum Beispiel vollständig aufgegeben wird, die Genehmigung zu entziehen. Das wäre dann unsere Landesbehörde.

Ich hatte auch in einer bereits gestellten Frage, die auch nicht beantwortet worden ist, im Vorfeld gefragt, ob die bergrechtliche Genehmigung im Falle einer Insolvenz, und das ist ja wirklich ein Thema, was virulent ist, beziehungsweise eines Konkurses und der Veräußerung der Pipeline und weiterer Unternehmenswerte erlischt. Die Antwort darauf war, über die Eröffnung des Insolvenzverfahrens durch das zuständige Kantonsgericht sei noch nicht entschieden worden. Das war aber nicht die Frage, sondern es wurde danach gefragt, ob ein Widerruf beziehungsweise eine Aufhebung der bergrechtlichen Genehmigung für die Landesregierung die Rechtsfolge einer Insolvenz und Veräußerung der Pipeline wäre. Diese Frage möchte ich gerne mit Verweis auf Artikel 40 der Landesverfassung hiermit erneuern.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Sehr geehrter Abgeordneter, zunächst weise ich darauf hin, wir wären für die Genehmigungsaufhebung zuständig. Die Frage, die Sie mir gestellt haben, beruhte nicht auf den möglichen Gedanken einer Genehmigungsaufhebung, sondern – so habe ich es verstanden – auf den einer Reparatur oder einer dann erfolgenden Inbetriebnahme oder einer Zertifizierung. So war Ihre erste Frage formuliert. Sie haben auf Medienberichterstattungen Bezug genommen. Sofern jemand über die Genehmigungsaufhebung nachdenkt, mag dann in der Tat ein hiesiges Amt zuständig sein. Auch dazu habe ich aber keinerlei Zuarbeiten bekommen, dass es entsprechende Kontakte zu Verwaltungsbehörden gibt, die in diese Richtung zielen.



Innenminister Christian Pegel reagiert auf die Fragen von Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Zweitens, im Falle einer Insolvenz, die – auch nur wieder Medienberichterstattungen entnommen – zurzeit offenbar nicht ansteht: Ich habe verstanden, dass das Schweizer Gericht in irgendeiner Weise so eine Art Zwischenverfahren, was wir vielleicht im deutschen Recht in dieser Intensität oder dieser Ausprägung nicht kennen, fortsetzt. Ich habe keine ausreichende Kenntnis von den entsprechenden insolvenzrechtlichen Bestimmungen dort, nehme aber wahr, dass das so ein Leben zwischen „ein bisschen insolvent, aber noch kein Verfahren eröffnet“ zu sein scheint. In der Situation, wo die Insolvenz einträte, bleibt es gleichwohl dabei, dass sie ja die eigentliche

Verbindungsleitung mit einer Genehmigung versehen haben. Und die Frage, ob sich aus der Insolvenz automatisch ergibt, dass die Verbindungsleitung, also, ich sag mal, ein Stück weit der Planfeststellungsbeschluss für eine Autobahn entfällt, das würde mir, ohne das vertieft geprüft zu haben – natürlich keine Zuarbeit, deswegen ist das jetzt ein bisschen meine eigene Wahrnehmung –, würde mich das nicht überzeugen.

Bei der Zertifizierung, die ja eben nicht erteilt worden ist, die im Übrigen auch nicht das Land erteilt, sondern die Bundesbehörde, da wäre die Diskussion sehr naheliegend, weil die Zerti-

fizierung eben nicht auf eine konkrete Trasse erfolgt, eine Planfeststellung einer Trasse ist, sondern die erfolgt auf ein Unternehmen, dem man dann die Zertifizierung erteilt, so eine Trasse zu betreiben. Und da gehts dann um Zuverlässigkeitsfragen.

Aber noch mal, erstens ist das eine Entscheidung der Bundesnetzagentur ausschließlich des Bundes, zum Zweiten die Zertifizierung gerade ausgesetzt – Sie hatten das Zitat der Ministerpräsidentin angegeben. Und dort wird eine Insolvenz mit Sicherheit eine Rolle spielen. Im Bereich der Planfeststellung für das Objekt würde mich das nicht sofort überzeugen.



LandtagsNachrichten kostenlos nach Hause

Scannen Sie diesen QR-Code,
oder senden Sie direkt eine
E-Mail an:



oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de

Laufende Gesetzgebung

Stand: 17. April 2025

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
8/4264	Entwurf eines Gesetzes über die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Gemeinden an Wind- und Solarparks	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	-	1. Lesung: 13.11.2024 Ablehnung der Überweisung
8/4265	Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Klimaschutzgesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern und zur Änderung weiterer Gesetze	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	-	1. Lesung: 13.11.2024 Ablehnung der Überweisung
8/4711	Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zur Aufgabenerfüllung nach dem Barrierefreiheitsstärkungsgesetz	Landesregierung	Sozialausschuss	1. Lesung: 09.04.2025 in Beratung
8/4732	Entwurf eines Gesetzes zum Vertrag über die Errichtung, den Betrieb und die Weiterentwicklung des Nationalen Once-Only-Technical-Systems (NOOTS) – Vertrag zur Ausführung von Artikel 91c Absatz 1, Absatz 2 GG – NOOTS-Staatsvertrag	Landesregierung	Innenausschuss	1. Lesung: 09.04.2025 in Beratung
8/4736	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes	Landesregierung	Bildungsausschuss	1. Lesung: 09.04.2025 in Beratung
8/4737	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Sportförderungsgesetzes	Landesregierung	Sozialausschuss	1. Lesung: 09.04.2025 in Beratung
8/4805	Entwurf eines Gesetzes zum Sechsten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (Sechster Medienänderungsstaatsvertrag)	Landesregierung	Innenausschuss	1. Lesung: 16.05.2025 in Beratung
8/4806	Entwurf eines Gesetzes zum Siebten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge – Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Reformstaatsvertrag)	Landesregierung	Innenausschuss	1. Lesung: 16.05.2025 in Beratung
8/4828	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes	Landesregierung	Wissenschafts- und Europaausschuss	1. Lesung: 14.05.2025 in Beratung
8/4870	Entwurf eines Krankenhausgesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Landeskrankenhausgesetz – LKHG M-V)	Landesregierung	Sozialausschuss	1. Lesung: 14.05.2025 in Beratung
8/4888	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung von Vorschriften über die Juristenausbildung – Neues Vergabeverfahren und „Landeskinderbonus“ im juristischen Vorbereitungsdienst	CDU	-	1. Lesung: 14.05.2025 Ablehnung der Überweisung

Abgeschlossene Gesetzgebung

Abgeschlossene Gesetzgebung – im Plenum am 9. April 2025 entschieden

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
8/4498	Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Nachtragshaushaltsgesetz 2025	Landesregierung	1. Lesung: 29.01.2025 2. Lesung: 14.05.2025	Annahme
8/4499	Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushalt für das Haushaltsjahr 2025 (Nachtragshaushaltsgesetz 2025)	Landesregierung	1. Lesung: 29.01.2025 2. Lesung: 14.05.2025	Annahme
8/4500	ZAHLENWERK zum Nachtrag zum Haushaltsplan 2025			
8/4373	Entwurf eines Gesetzes über die Lehrkräftebildung in Mecklenburg-Vorpommern (Lehrkräftebildungsgesetz – LehrkräftG M-V)	Landesregierung	1. Lesung: 01.12.2024 2. Lesung: 14.05.2025	Annahme
8/4465	Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen über die Änderung des Abkommens über die Errichtung und Finanzierung des Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen	Landesregierung	1. Lesung: 29.01.2025 2. Lesung: 14.05.2025	Annahme
8/4635	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landeshochschulgesetzes	AfD	1. Lesung: 12.03.2025 2. Lesung: 14.05.2025	Ablehnung

Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ab 2028

Fachleute fordern Planungssicherheit, Bürokratieabbau und praxisnahe Lösungen

Am 30. April 2025 fand die 70. Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Landwirtschaft und Umwelt statt. Im Mittelpunkt der öffentlichen Anhörung stand die Frage: „Die Zukunft der GAP ab 2028 – Welche Schwerpunkte müssen aus Sicht unseres Bundeslandes gesetzt werden, um die Landwirtschaft und den ländlichen Raum zu stärken und Umwelt, Klima und Artenvielfalt bestmöglich zu schützen?“

Ein breites Spektrum an Sachverständigen war geladen – von bäuerlichen Verbänden über Umweltorganisationen und wissenschaftlichen Einrichtungen bis hin zur Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung der Europäischen Kommission. Die Diskussion verdeutlichte die Vielschichtigkeit der Herausforderungen und Erwartungen an die nächste Förderperiode der GAP.

Planungssicherheit und klare Rahmenbedingungen als zentrale Forderung

Gleich zu Beginn der Anhörung wurde deutlich, dass landwirtschaftliche Betriebe dringend auf verlässliche Perspektiven angewiesen sind. Mehrere Sachverständige betonten in ihren Statements die Notwendigkeit eines klaren mittel-

fristigen Finanzrahmens, um den Betrieben Planungssicherheit zu geben. Nur so könnten sie ihre vielfältigen Aufgaben – von der Ernährungssicherung bis zum Schutz der Biodiversität – effektiv erfüllen. Ohne gesunde wirtschaftliche Grundlagen sei weder ein Generationswechsel auf den Höfen noch eine aktive Rolle im Klima- und Naturschutz möglich.

Bürokratieabbau und Digitalisierung

Ein weiteres zentrales Anliegen war der Abbau bürokratischer Hürden. Der Appell an die Politik, die Anwendbarkeit von Regeln im Alltag der Betriebe stärker zu berücksichtigen, wurde deutlich. Wer selbst einmal einen Agrarantrag ausgefüllt habe, verstehe schnell, welche Herausforderungen dies mit sich bringe. Kritisiert wurde auch, dass trotz vorhandener digitaler Werkzeuge viele Prozesse nach wie vor zu aufwendig und praxisfern seien. Die Digitalisierung biete enorme Potenziale – werde aber bislang nicht ausreichend genutzt, um den Alltag der Betriebe zu erleichtern.

Gemeinsam Lösungen entwickeln – mit Landwirtschaft, Umweltverbänden und Verwaltung

Die Bedeutung eines kooperativen, partizipativen Ansatzes zog sich als

roter Faden durch die Statements der Experten. Umweltverbände, landwirtschaftliche Praktiker und Verwaltung müssten gemeinsam Lösungen entwickeln – für eine Landwirtschaft, die zukunftsfähig und ökologisch tragfähig sei, betonte eine Expertin.

Mehrere Stimmen sprachen sich zudem für ein stärkeres Vertrauen in die Kompetenz und das Engagement der Landwirtinnen und Landwirte aus. Betont wurde, dass die Branche über viele hochqualifizierte und innovative Betriebsleiterinnen und Betriebsleiter verfüge. Die Landwirtschaft sei bereit, Verantwortung zu übernehmen – für gesunde Böden, sauberes Wasser und das Wohlergehen der Tiere.

Die Anhörung machte deutlich: MV braucht eine GAP, die Planungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz zusammenbringt. Die Vorschläge der Sachverständigen zeigten dabei ein hohes Maß an Eigenverantwortung und Gestaltungswillen in der Branche – nun liegt es an der Politik, die passenden Rahmenbedingungen zu schaffen.





Forstamtsleiter Frank Zerbe im Gespräch mit den Teilnehmenden

Forst- und wildpolitischer Waldspaziergang

Exkursion des Agrarausschusses zum Forstamt Sandhof

Am 7. Mai 2025 veranstaltete der Agrarausschuss einen forst- und wildpolitischen Waldspaziergang. Eingeladen waren Experten und Vertreter verschiedener Institutionen, darunter der Bund Deutscher Forstleute, der Waldbesitzerverband MV, der Landesjagdverband, die Universitätsforstverwaltung Greifswald, die Landesforstanstalt sowie der NABU und weitere.

Die Exkursion begann im Forstamt Sandhof in Neu Poserin und bot den Teilnehmenden die Möglichkeit, sich intensiv mit Herausforderungen und Lösungsansätzen der Wald- und Wildbewirtschaftung auseinanderzusetzen. In der Einführung wurde die Bedeutung nachhaltiger Forstwirtschaft und des Wildwirkungsmonitorings hervorgehoben – zwei zentrale Themen für den Schutz der Wälder in Mecklenburg-Vorpommern.

Dem Agrarausschuss wurde erläutert, dass das Wildwirkungsmonitoring der systematischen Erfassung des Einflusses von wiederkäuendem Schalenwild – darunter Reh-, Dam-, Rothirsch- und Muffelwild – auf den Wald dient.

Auf Basis der gewonnenen Daten werden Gutachten erstellt, aus denen erforderliche Maßnahmen abgeleitet und mit den betroffenen Waldbesitzern kommuniziert werden. Diese Kommunikation wird zusätzlich durch zielgruppenorientierte Informations-

veranstaltungen, -materialien sowie Fachbeiträge in den einschlägigen Printmedien unterstützt.

Ein wesentlicher Effekt des Monitorings besteht darin, die Diskussion zwischen Wald- und Wildbewirtschaftern zu versachlichen und auf eine faktenbasierte Grundlage zu stellen. Darüber hinaus soll das Wildwirkungsmonitoring die Abstimmung der verschiedenen Landnutzenden durch zielgerichtete Kooperation erleichtern.

Das übergeordnete Anliegen ist es, ein zielgerichtetes Wald- und Wildmanagement zu entwickeln, das zu verbindlichen Vereinbarungen zwischen Waldbesitzern und der Forstverwaltung führt.

Die Beurteilung der Wildwirkung erfolgt dabei wertneutral, da Waldbesitzer unterschiedliche Schwerpunkte setzen. Während der eine hauptsächlich forstwirtschaftliche Interessen verfolgt und Wildschäden möglichst minimieren möchte, legt ein anderer den Fokus stärker auf die jagdliche Nutzung und akzeptiert dabei auch größere Wildschäden durch Stamm- oder Wurzelschäden, Fege sowie Verbiss.

Im Anschluss an die Präsentationen führte die Exkursion ins Revier Jellen, wo die natürliche Verjüngung von Waldbeständen im Fokus stand. Fachleute und Teilnehmer diskutierten vor

Ort, wie natürliche Waldentwicklung gefördert werden kann. Zudem wurde praxisnah das Verfahren des Wildwirkungsmonitorings vorgestellt.

Der Waldspaziergang war eine gelungene Plattform für den Austausch zwischen Politik und Fachleuten. Er vermittelte sowohl theoretisches Wissen als auch praxisnahe Einblicke in aktuelle Herausforderungen und Lösungsansätze der Forst- und Wildwirtschaft. Solche Veranstaltungen sind entscheidend, um das Bewusstsein für nachhaltige Waldnutzung und eine zukunftsfähige Waldbewirtschaftung zu fördern.

Vorstellung des Wildwirkungsmonitoring



Foto: Landtag M-V

The infographic timeline highlights the following milestones:

- 2000**: First e-vote (Eesti esimene e-valimine)
- 2001**: First e-prescription (Eesti esimene e-retsept)
- 2002**: First e-estate (Eesti esimene e-pärand)
- 2003**: First e-land (Eesti esimene e-maa)
- 2004**: First e-land (Eesti esimene e-maa)
- 2005**: First e-land (Eesti esimene e-maa)
- 2006**: First e-land (Eesti esimene e-maa)
- 2007**: First e-land (Eesti esimene e-maa)
- 2008**: First e-land (Eesti esimene e-maa)
- 2009**: First e-land (Eesti esimene e-maa)
- 2010**: First e-land (Eesti esimene e-maa)
- 2011**: First e-land (Eesti esimene e-maa)
- 2012**: First e-land (Eesti esimene e-maa)
- 2013**: First e-land (Eesti esimene e-maa)
- 2014**: First e-land (Eesti esimene e-maa)
- 2015**: First e-land (Eesti esimene e-maa)
- 2016**: First e-land (Eesti esimene e-maa)
- 2017**: First e-land (Eesti esimene e-maa)
- 2018**: First e-land (Eesti esimene e-maa)
- 2019**: First e-land (Eesti esimene e-maa)
- 2020**: First e-land (Eesti esimene e-maa)
- 2021**: First e-land (Eesti esimene e-maa)
- 2022**: First e-land (Eesti esimene e-maa)

Parlamentarische Diplomatie im Baltikum

Erste Vizepräsidentin reiste nach Riga

Vom 8. bis 9. Mai nahm die Erste Vizepräsidentin, Beate Schlupp, als Mitglied des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz an der hochrangigen Konferenz der Baltischen Versammlung und des Baltischen Ministerrats in Riga teil. Unter dem Titel „Grenzen der Diplomatie und Diplomatie über Grenzen hinweg“ widmete sich die Veranstaltung den gemeinsamen außenpolitischen Ansätzen sowie der Zukunft der Zusammenarbeit zwischen den baltischen Staaten und ihren gleichgesinnten internationalen Partnern. In zwei thematischen Panels tauschten sich Vertreterinnen und Vertreter der Parlamente, Regierungen und internationalen Organisationen, darunter auch der lettische Präsident, Edgars Rinkēvičs, und die Präsidentin des lettischen Parlaments, Daiga Mieriņa, über gemeinsame außenpolitische Herausforderungen und Perspektiven aus.



Ziel war es, das gegenseitige Verständnis zu verbessern, Partnerschaften zu fördern und gemeinsame Maßnahmen zur Förderung der regionalen Stabilität, Entwicklung und Widerstandsfähigkeit zu stärken. Im Anschluss wurden bewährte Praktiken der parlamentari-

Konferenz der Baltischen Versammlung und des Baltischen Ministerrats am 9. Mai in Riga (Foto: Saeima)

schen Diplomatie erörtert sowie Möglichkeiten zur Stärkung der Zusammenarbeit in politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Fragen.

Einsetzung eines Unterausschusses

Thema: Vorgänge rund um den Tourismusverband MV

Der Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Energie, Tourismus und Arbeit hat beschlossen gemäß § 25 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Landtages einen Unterausschuss zur Untersuchung der Vorgänge rund um den Tourismusverband Mecklenburg-Vorpommern einzusetzen. Ziel dieses Gremiums ist es, die in den letzten Monaten bekannt gewordenen Vorgänge rund um den Tourismusverband Mecklenburg-Vorpommern zu untersuchen.

Der Unterausschuss setzt sich aus acht Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses zusammen. Den Vorsitz übernimmt der Abgeordnete Rainer Albrecht (SPD), der Abgeordnete Paul Timm (AfD) wird die Stellvertretung übernehmen. Als Mitglieder wurden benannt:

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretendes Mitglieder
SPD	Rainer Albrecht, Falko Beitz, Marcel Falk, Dr. Sylva Rahm-Präger	Philipp da Cunha, Dagmar Kaselitz, Michel-Friedrich Schiefler, Grit Schmelzer, Christian Winter, Thomas Würdisch,
B90/DIE GRÜNEN	Jutta Wegner	Hannes Damm, Constanze Oehlich, Anne Shepley, Dr. Harald Terpe
AfD	Paul-Joachim Timm	Michael Meister
CDU	Wolfgang Waldmüller	Daniel Peters
DIE LINKE	Henning Foerster	Jeannine Rösler, Torsten Koplin, Michael Noetzel, Elke-Annette Schmidt, Christian Albrecht, Daniel Seiffert, Steffi Pulz-Debler, Dirk Bruhn

Der Unterausschuss befasst sich u.a. mit den vorliegenden Unterlagen seit 2019 und geht dabei verschiedenen Fragestellungen nach. Es sollen sowohl die Verantwortlichkeiten im Ministerium sowie im TMV geklärt werden als auch Alternativen im Umgang mit den Pro-

blemen. Auch die zukünftige Organisationsform des TMV wird Thema im Unterausschuss sein. Der Unterausschuss wird spätestens im Dezember 2025 enden. Die konstituierende Sitzung fand am 12. Juni 2025 direkt im Anschluss an den Wirtschaftsausschuss statt.

Erinnern für die Zukunft: Landtag gedenkt 80 Jahre Kriegsende

Gedenkstunde im Plenarsaal würdigt Opfer der NS-Gewaltherrschaft und erinnert an Cap Arcona-Tragödie

Die Tragödie der „Cap Arcona“ ist eines der dunkelsten Kapitel der letzten Kriegstage 1945. Mit einer bewegenden Gedenkstunde erinnert der Landtag Mecklenburg-Vorpommern am 7. Mai an das Ende des Zweiten Weltkriegs und die Befreiung vom Nationalsozialismus vor 80 Jahren. Rund 140 Gäste versammelten sich im Plenarsaal, darunter Landtagsabgeordnete, Gäste sowie Schülerinnen und Schüler aus Schweriner Schulen.

„Der 8. Mai ist ein Tag, an dem wir in Erinnerung an die Millionen von Opfern innehalten, die in diesem schrecklichen Konflikt ihr Leben verloren haben“, sagte Landtagspräsidentin Birgit Hesse. Sie gedachte der Soldaten, die ohne zu wissen, ob sie jemals zu ihren Familien zurückkehren würden, in den Kampf ziehen mussten, und der vielen Zivilisten, die in den Schrecken des Krieges ihr Leben, ihre Familie und ihr Zuhause verloren haben.

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) verwies auf die bleibende Verantwortung der heutigen Generation: „Wir, die wir heute leben, tragen persönlich keine Schuld an dem, was damals geschehen ist. Aber wir tragen Verantwortung dafür, dass so etwas nie wieder passiert. Deutschland trägt die Verantwortung für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Es gilt, Demokratie, Freiheit und Frieden zu schützen, gerade in Zeiten, in denen antidemokratische Kräfte versuchen, Mehrheiten zu gewinnen.“

Als ein Namenspatron zum Schauplatz des Grauens wurde

Im Zentrum der Gedenkstunde stand die Cap Arcona-Katastrophe vom 3. Mai 1945, die Landtagspräsidentin Birgit Hesse als „schreckliches Ereignis“ bezeichnete, das sich „bei uns im Norden – genau vor unserer Haustür“ ereignet habe. Das nach dem Kap Arkona auf der Insel Rügen benannte Schiff und

das Begleitschiff „Thielbek“ seien in der Lübecker Bucht zwischen Neustadt in Holstein und Scharbeutz durch britische Flugzeuge versenkt worden. „An Bord befanden sich über 9.000 KZ-Häftlinge – viele von ihnen aus dem Konzentrationslager Neuengamme, von denen etwa 7.000 dabei ums Leben kamen“, erinnerte die Landtagspräsidentin.

Wilhelm Lange erzählte unter dem Titel „Cap Arcona – Autopsie eines Verbrechens“ von der Tragödie. Von 1984 bis zu seinem Renteneintritt 2021 war Lange bei der Stadt Neustadt in Holstein für die Cap Arcona-Angelegenheiten zuständig und fungierte als Museumsleiter, Cap Arcona-Leiter und Stadtarchivar.

Von der Luxusreise zum schwimmenden Konzentrationslager

Die Cap Arcona war ursprünglich ein 206 Meter langer Transatlantik-Liner der Hamburg-Südamerika-Linie, der 1927 bei Blohm & Voss in Hamburg vom Stapel gelaufen war. Als Flaggschiff der Reederei galt das für 850 Passagiere ausgelegte Schiff als eines der schönsten seiner Zeit und beförderte von November 1927 bis August 1939 mehr als 200.000 Passagiere auf 91 Reisen, vorwiegend nach Südamerika.

Nach Kriegsausbruch wurde die Cap Arcona der deutschen Kriegsmarine unterstellt. Im U-Boot-Stützpunkt Gotenhafen wurde sie als Wohnschiff genutzt und war 1942/43 sogar Kulisse für den NS-Propagandafilm „Titanic“. Ab Ende 1944 transportierte das Schiff Flüchtlinge aus Ostpreußen nach Westen, bis ein Maschinenschaden das Schiff ab 14. April 1945 manövrierfähig vor Neustadt liegen ließ.

Das Ende in der Lübecker Bucht

Vor den anrückenden britischen Truppen wurden Ende April 1945 die verbliebenen KZ-Häftlinge aus dem Kon-

zentrationenlager Neuengamme nach Lübeck transportiert. Mehr als 9.000 Häftlinge wurden auf Schiffe gebracht – zunächst auf die kleineren Schiffe „Thielbek“ und „Athen“, später auch auf die Cap Arcona. Zeitweilig war die Cap Arcona mit 7.500 Häftlingen völlig überfüllt, wobei mangelhafte Ernährung und unzureichende hygienische Zustände zu zahlreichen Todesfällen führten.

Am 3. Mai 1945, nur fünf Tage vor Kriegsende, griffen britische Jagdbomber die in der Lübecker Bucht liegenden Schiffe an. Die Piloten hielten die nicht als Lazarettschiffe gekennzeichneten Fahrzeuge für deutsche Truppentransporter. Bei dem Großangriff von 200 Jagdbombern der Royal Air Force wurden 23 Schiffe versenkt und 115 Schiffe beschädigt. Die Cap Arcona und die Thielbek gerieten in Brand und kenterten – über 7.000 Menschen kamen dabei ums Leben.

Lebendige Erinnerungskultur in Mecklenburg-Vorpommern

Landtagspräsidentin Hesse würdigte das Engagement vieler Menschen aus der Region, die sich dafür einsetzen, dass die Cap Arcona-Katastrophe unvergessen bleibt. Bereits 1947 sei am Strand bei Groß Schwansee eine der ersten Cap Arcona-Gedenkstätten entstanden. Ab 1954 erfolgte die Umbettung in die Stadt Grevesmühlen, wo 1957 eine neue Gedenkstätte eingeweiht wurde.

Im Dezember 2002 gründete sich der „Förderkreis Cap-Arcona-Gedenken“ als freiwilliges Bündnis von engagierten Bürgerinnen und Bürgern, Initiativen, Einrichtungen und Kommunen aus Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, die sich dem Gedenken an die Ereignisse und Opfer der Cap Arcona-Katastrophe verpflichtet haben.



v.l.n.r.: Bischof Tilman Jeremias, Landesbischöfin Kristina Kühnbaum-Schmidt, Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, Landtagspräsidentin Birgit Hesse, Landesrabbiner Yuriy Kadnykov



Ministerpräsidentin Manuela Schwesig



Mit einer Schweigeminute gedachten die Anwesenden der Opfer.



Abgeordnete der Fraktion AfD



Landtagspräsidentin Birgit Hesse



Gastredner Wilhelm Lange



Abgeordnete der Fraktion CDU



Abgeordnete der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE



Die kulturelle Umrahmung gestalteten Schülerinnen und Schüler der Regionalen Schule Klütz.



Abgeordnete der Fraktion SPD

Chancen und Risiken von Künstlicher Intelligenz

Anfang Mai hat der Direktor des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, Armin Tebben, als Federführer der Arbeitsgruppe der Direktorinnen und Direktoren der deutschsprachigen Landesparlamente zu einer Fachtagung mit dem Titel „Chancen und Risiken der so genannten Künstlichen Intelligenz“ nach Schwerin eingeladen.

Teilgenommen haben Vertreterinnen und Vertreter aller deutschen Landesparlamente, des Deutschen Bundestages, des Bundesrates, zweier österreichischer Landtage sowie des Parlamentes der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens. Dr. Zehnder (Basel) führte als Keynote-Speaker in das Thema Künstliche Intelligenz (KI) sowie die damit verbundenen Herausforderungen für die Demokratie ein.

Der zweitägige Austausch zwischen den Parlamentsverwaltungen wurde durch mehrere Impulsreferate internationaler Experten bereichert, die aus unterschiedlichen Blickwinkeln das Thema beleuchteten. Thematisiert wurden die Möglichkeiten und Unmöglichkeiten Künstlicher Intelligenz (Prof. Björn Kernspekt, Hochschule Wismar), Deep Fakes (Prof. Dr. Christian Dörr, Hasso-Plattner-Institut Potsdam), Promptinjection (Sylvester Tremmel, Heise-Verlag) und Vorschläge zur sensiblen Nutzung von KI (Dr. Christian Reinhardt, Lukas Neubert, SoSafe). Der Landtag MV stellte zudem bereits produktiv genutzte KI-gestützte Anwendungen bei der Liveuntertitelung von Plenardebatten und der Plenarprotokollerstellung vor, berichtete von den bisherigen Erfahrungen und gab einen Ausblick auf eine weitere geplante Anwendung.

Präsentiert wurden außerdem Projekte aus MV: So wurde eine studentische Arbeit von Studierenden der Hochschule Wismar vorgestellt, die am selben Tag in New York bei einem renommierten Kreativwettbewerb ausgezeichnet wurde. Eine 9. Schulklasse des Friedrich-Franz-Gymnasiums Parchim stellte ihr Projekt „Was bleibt von uns, wenn KI alles übernimmt?“ vor, mit dem sie beim Schülerwettbewerb der Bundeszentrale für Politische Bildung im Februar den zweiten Platz belegt hatte.

„Die großartige Resonanz und die außerordentlich werthaltigen Impuls-Referate haben die zentrale Bedeutung des Themas KI für alle Lebensbereiche deutlich gemacht“, fasste Landtagsdirektor Armin Tebben die zweitägige Konferenz zusammen.



Während der zweitägigen Fachtagung zum Thema „Chancen und Risiken Künstlicher Intelligenz“ wurden die Auswirkungen der Innovation diskutiert.



Armin Tebben (Mitte, Direktor des Landtags MV) eröffnete und leitete federführend die Fachtagung der deutschsprachigen Landesparlamente.



An der Konferenz nahmen internationale Expertinnen und Experten sowie Vertreterinnen und Vertreter der deutschsprachigen Landesparlamente teil.



Vorbereitungstreffen für das Parlamentsforum Südliche Ostsee

Mitte Mai hat der Landtag MV mit der Vertretung des Landes MV beim Bund eine internationale Expertenanhörung und eine Redaktionskonferenz durchgeführt. Auch die 1. Vizepräsidentin des Landtages MV, Beate Schlupp, war zur Tagung vor Ort. Insgesamt kamen etwa 60 Abgeordnete der Regionalparlamente aus Schleswig-Holstein, Hamburg, Westpommern, Pommern, Ermland-Masuren und Mecklenburg-Vorpommern sowie Experten und geladene Gäste in Berlin zusammen.

Das Ziel war insbesondere die inhaltliche Vorbereitung des 21. Parlamentsforums Südliche Ostsee, das in diesem Jahr durch den Sejmik der Woiwodschaft Westpommern in Stettin durchgeführt wird und sich dem Thema „Saubere Luft als Chance für nachhaltige Entwicklung im südlichen Ostseeraum“ widmen wird.

Im Rahmen der Expertenanhörung wurden zunächst Sachverständige aus allen teilnehmenden Regionen angehört. Bei der anschließenden Redaktionskonferenz besprachen die Teilnehmenden ihre Vorschläge für die gemeinsame Entschließung und erarbeiteten einen vorläufigen Resolutionsentwurf.

Die Resolutionen des Parlamentsforums werden traditionell im Konsens auf der Jahreskonferenz verabschiedet und richten sich an die nationalen und regionalen Regierungen sowie internationale Organisationen im südlichen Ostseeraum. Der Landtag unterhält seit vielen Jahren eine Tradition, über die Resolutionen des Parlamentsforums im Plenum abzustimmen und diese mit der Aufforderung zur Umsetzung und Berichterstattung an die Landesregierung zu richten.

2004 wurde das Parlamentsforum Südliche Ostsee auf Initiative des Landtages Mecklenburg-Vorpommern ins Leben gerufen. Gegründet wurde das Parlamentsforum mit dem Ziel, existierende bilaterale Partnerschaften und sonstige parlamentarische Beziehungen auf regionaler Ebene stärker miteinander zu vernetzen.

Heute arbeiten die Landtage MV, Schleswig-Holstein, die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, die regionalen polnischen Vertretungskörperschaften (Sejmiks) der Woiwodschaften Westpommern, Pommern und Ermland-Masuren sowie die Kaliningrader Gebietsduma der Russischen Föderation im Parlamentsforum Südliche Ostsee zusammen. Als Beobachter ist darüber hinaus die schwedische Region Schonen assoziiert.



TAG DER OFFENEN TÜR

IM LANDTAG MECKLENBURG-VORPOMMERN

IM SCHWERINER SCHLOSS, AM 15. JUNI 2025

MEDAILLON- UND WEINLAUBSAAL IM BURGGARTEN



Als eine Besonderheit sind der Medaillon- und der Weinlaubsaal geöffnet. Beide Räume sind über den Burgarten erreichbar.

FÜHRUNGEN ZUM TEEPAVILLON



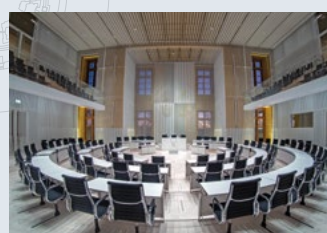
Die Führungen zum Tee-pavillon werden ganztägig angeboten. Anmeldungen für die Führungen sind am Informationsstand im Burgarten möglich.

HOFDORNITZ



In der Hofdornitz, der einstigen Waffen- und Trophäenhalle, gibt es mehr über die Geschichte des historischen Schlosses und die Welterbestätten Mecklenburg-Vorpommerns zu erfahren.

PLENARSAAL IM 3. OBERGESCHOSS



Der Plenarsaal ist ganztägig erlebbar. Regelmäßig gibt es Kurzvorträge zur Zusammensetzung sowie zu parlamentarischen Hintergründen des Landtages.



PROGRAMM

Uhrzeit

Bühne im Innenhof

10:30 Uhr	Eröffnung und Gespräch mit der Landtagspräsidentin Birgit Hesse
10:40 Uhr	Schalmeikapelle der Freiwilligen Feuerwehr Malchin e.V.
11:00 Uhr	Preisverleihung „Wettbewerb des Welterbevereins“
11:45 Uhr	Gespräch mit den Fraktionsvorsitzenden
12:30 Uhr	Fokus: „Wir sind Welterbe“ – Erlebbarkeit des Schlosses
12:50 Uhr	Tanzgruppe - Landeskarnivalsverband
13:15 Uhr	Fokus: „Veteranentag 2025“
14:00 Uhr	Schalmeikapelle der Freiwilligen Feuerwehr Malchin e.V.
14:20 Uhr	Gespräch der Fraktionen
15:00 Uhr	ÖXL - Singer-Songwriter
16:00 Uhr	Tanzgruppe - Landeskarnivalsverband
16:30 Uhr	Verabschiedung durch die Landtagspräsidentin

Demmler-Saal

10.00 Uhr	Finanzausschuss; Wirtschaftsausschuss
12.00 Uhr	Wissenschafts- und Europaausschuss; Internationale Angelegenheiten
14.00 Uhr	Rechtsausschuss; Internationale Angelegenheiten; Agrarausschuss

Landtagsslounge

10.00 Uhr	Bildungsausschuss
12.00 Uhr	Sozialausschuss
14.00 Uhr	Innenausschuss

Raum 357

ganztägig	Petitionsausschuss
-----------	--------------------

Burggarten (vor dem Weinlaubsaal)

ganztägig	Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“
-----------	---

Drehbrücke zum Schlossgarten

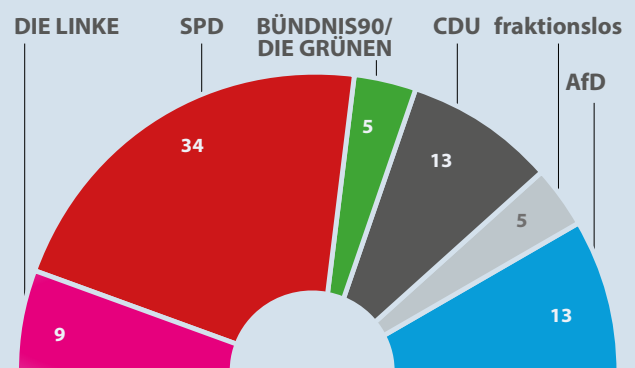
13:00 Uhr	Öffnung der Brücke
-----------	--------------------



Zusammensetzung des Landtages

Seit 2021 gehören dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern 79 Abgeordnete an. Diese Zusammensetzung der 8. Wahlperiode resultiert aus dem Wahlergebnis der Landtagswahl am 26. September 2021

50 Männer
29 Frauen



Top 3 | Die jüngsten Abgeordneten

Michel-Friedrich Schiefler (30 Jahre, SPD)
Hannes Damm (33 Jahre, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nadine Julitz (34 Jahre, SPD)



Top 3 | Die ältesten Abgeordneten

Horst Förster (83 Jahre, AfD)
Dr. Robert Northoff (72 Jahre, SPD)
Harry Glawe (71 Jahre, CDU)



Top 3 | Die dienstältesten Abgeordneten

Till Backhaus (8 Wahlperioden, SPD)
Harry Glawe (7 Wahlperioden, CDU)
Torsten Koplin (6 Wahlperioden, DIE LINKE)

